Nr. 71 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 36

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Sonnabend, den 12. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Vom preußischen Wahlkampf.

Sozialdemokratische Vorschlagsliste

für den Wahlkreis Teltow-Beeskow (Potsdam II)

einschl. der früher zum Kreise Teltow gehörigen, jetzt eingemeindeten Vororte, sowie Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln usw.

1. **Franz Krüger**, Geschäftsführer, Cöpenick.
2. **Friedrich Bartels**, Parteisekretär, Tempelhof.
3. **Luise Kähler**, Vorsitzende des Hausangestelltenverband., Treptow.
4. Dr. **Max Bendiner**, Regierungsrat, Schöneberg.
5. **Willy Drügemüller**, Parteisekretär, Beeskow (Mark).
6. **August Heitmann**, Gewerkschaftssekretär, Neukölln.
7. **Franz Czeminski**, Krankenkassenangestellter, Schöneberg.
8. **Johannes Haß**, Vorsitzender des Lithographenverbandes, Treptow.
9. **Hedwig Wachenheim**, Angestellte, Charlottenburg.
10. **Hans Wonwod**, Gemeindeschullehrer, Halensee.
11. Dr. **Walter Zechlin**, Legationsrat, Berlin.
12. **Richard Draemert**, Verlagsleiter, Dahlem.
13. **Hermann Bluhme**, Gemeindevorsteher, Grünau.
14. **Franz Gutschmidt**, Geschäftsführer, Britz.
15. **Hermann Frenzel**, Geschäftsreisender, Neuzittau.

Wer diese Liste wählen will, gibt folgenden Stimmzettel ab:

Landtag
Provinz
Kreis

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

S. P. D.

Staubsauger und Preußenblock.

Aus dem Kreise Luckau schreibt uns ein Genosse:

Die deutschnationale Agitation hier draußen ist schon längst wieder jenseits aller Moral; jede Geschmacklosigkeit und Schamlosigkeit des alten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist dabei überboten.

So wird hier mit der Ueberschrift: „Frauen an die Front!" ein Flugblatt verbreitet unter dem Motto: „Preußen in Not! Preußen wird rot!" (Am oberen Rande steht „Nachdruck verboten", unten ist ein Aufnahmeschein für den Beitritt zum Preußenblock — Deutschnationale Volkspartei — angehängt.) Der Text ist auf unorientierte weibliche Wählerinnen zugeschnitten. Er warnt davor, links zu wählen, denn: Marxistischer Sozialismus:

Das heißt: Einführung des Einküchenhauses!

Das heißt: Das Kind kommt dreijährig in staatliche Kindergärten, der Lehrer, nicht die Eltern, bestimmt über seine Ausbildung! Schon jetzt verbietet man in der Schule das Einüben von Weihnachtsliedern!

Man verspricht den Frauen — trotz der Kohlennot — Warmwasserversorgung und öffentliche Waschanstalten, Staubsauger, und trotz der Arbeitslosigkeit völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Manne!

Warmwasserversorgung und Staubsauger, die man gegen uns ins Feld führt, sind nichts im Vergleich dazu, wie man die — Deutsche Volkspartei in den Augen der braven Wähler zu verleumden versucht. Heißt es in dem Flugblatt doch: „Die Deutsche Volkspartei geht mit Sozialdemokraten und Demokraten zusammen." Und aus all diesen Gründen sollen die Frauen die Deutschnationale Volkspartei wählen, sie allein will den Ordnungsstaat aufbauen „Schulter an Schulter, gleichberechtigt und gleichwertig in werktätiger Volksgemeinschaft." — Seit wann sind denn die Deutschnationalen für Gleichberechtigung und Volksgemeinschaft? Soll also doch jeder einen Staubsauger bekommen? Um Antwort wird gebeten!

Die deutschnationale K.A.P.D.

In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei am 9. Februar in der Brauerei Königstadt trat nach dem Bericht der „Roten Fahne" in der Diskussion ein Mitglied der K.A.P.D. namens Ruppert auf, um zu erklären, daß seine Partei den Wahlrummel nicht mitmache, wenn die Arbeiter aber durchaus wählen wollten, dann könnte es seiner Partei, der K.A.P.D. nur angenehm sein, **wenn sie für einen deutschnationalen Kandidaten stimmen würden.** An der revolutionären Bewegung würde das nichts ändern. Natürlich erntete dieser Held den freundlichen Beifall der Deutschnationalen.

Die „Rote Fahne" ist zwar mit Herrn Ruppert nicht einverstanden, aber sie selbst vergißt zweierlei: erstens, daß die kommunistischen Abgeordneten Thomas und Graf in München, die zur V.K.P.D. zählen, sich ja gleichfalls mit den Deutschnationalen verbündet haben. Zweitens, **daß die für die V.K.P.D. abgegebenen Stimmen praktisch auch zugunsten der Deutschnationalen zählen,** wie die letzte Wahl in Mecklenburg deutlich gezeigt hat, wo infolge der Absplitterung der Kommunisten von der Sozialdemokratie ein deutschnationales Ministerium ans Ruder gelangte.

Versailles — London.

Von Graf Brockdorff-Rantzau.

Im Leitartikel des „Temps" vom 8. Februar versucht Jean Herbette mit allerhand Zitaten aus der Zeit der sog. Friedensverhandlungen im Frühjahr 1919 den ablehnenden Standpunkt Deutschlands gegenüber den Pariser Beschlüssen zu bekämpfen. Graf Brockdorff-Rantzau habe damals zugegeben, daß Deutschland, das entschlossen sei, nach Maßgabe seiner Kräfte die Schäden wieder gutzumachen, sich dessen wohl bewußt sei, daß das deutsche Volk während mehrerer Generationen hindurch schwerere Lasten würde tragen müssen, als irgendein anderes Volk. Ferner habe Deutschland sich damals bereit erklärt, eine Entschädigung von insgesamt 100 Milliarden Goldmark in Jahresraten zu zahlen. Jetzt aber tobe ganz Deutschland über die Pariser Beschlüsse und spreche von Versklavung.

Wir haben den Führer der deutschen Friedensdelegation, den damaligen Reichsminister des Auswärtigen, Grafen Brockdorff-Rantzau, um eine Aeußerung hierzu gebeten, die hier folgt:

Ich würde an sich nichts dagegen einzuwenden haben, daß sich die Franzosen auf die Haltung der deutschen Friedensdelegation in Versailles und auf den Inhalt unserer damaligen Gegenvorschläge berufen, wenn der Vergleich mit der heutigen Zeit ihnen die Selbsteinkehr erleichtern würde. Denn sie müßten dann zu der Erkenntnis gelangen, wie unheilvoll auch für ihr eigenes Land die Politik von Versailles gewesen ist; in der Tat standen sie damals einer Friedensdelegation gegenüber, die den ehrlichen Willen von mehr als Dreiviertel des deutschen Volkes zur freiwilligen Wiedergutmachung und Entwaffnung, zum wirklichen Frieden verkörperte. Damals bot sich den Alliierten die beste Gelegenheit, zu einer ehrlichen Verständigung mit den deutschen republikanischen Parteien zu gelangen. Sie haben diese Möglichkeit mutwillig verscherzt. Sie haben das Diktat vorgezogen und damit breite Massen des deutschen Volkes in die Arme der extremistischen Parteien getrieben. Heute ist es allerdings unendlich schwerer, die Millionen, die sich aus Verzweiflung dem Nationalismus oder dem Kommunismus verschrieben haben, für eine Politik der freiwilligen Opfer und des aufrichtigen Verständigungswillens zu gewinnen.

Aber die Ausführungen des „Temps" sollten natürlich nicht diesem Zwecke der Erkenntnis begangener Fehler dienen, sondern nur der Rechtfertigung der Pariser Beschlüsse und der Widerlegung der deutschen Proteste. Und da muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Methode des Ausspielens unserer Versailler Gegenvorschläge — oder vielmehr einzelner Sätze aus diesen Vorschlägen — gegen unsere bevorstehenden Londoner Gegenvorschläge wenden.

Der „Temps" ist wahrhaftig das letzte Blatt, dem das Recht zusteht, sich auf mich zu berufen. Als wir im Versailler Käfig saßen, führte gerade der Leitartikler des „Temps" besonders gegen mich einen häßlichen Kampf. Man wollte damals offensichtlich, indem man mich wider besseres Wissen als einen verkappten Reaktionär hinstellte, die ganze Friedensdelegation diskreditieren. Was sich überhaupt in der damaligen Zeit der „Temps", wie übrigens die gesamte französische Presse, an Verdrehungen leistete, um die deutsche Revolution als eine „Finte", die deutsche Republik als eine „Vermummung" hinzustellen, gehört zu den dunkelsten Kapiteln journalistischer Unwahrhaftigkeit. Man brauchte damals eben einen Vorwand, um den an Deutschland begangenen Wortbruch, um die tausendfache Verletzung der 14 Wilsonschen Punkte plausibler erscheinen zu lassen.

Wenn der „Temps" sich damals bemüht hätte, unserer Delegation gerecht zu werden, wenn er damals unsere Gegenvorschläge einer sachlichen Kritik unterzogen hätte, dann würde er heute das Recht haben, Vergleiche anzustellen. Was hat er aber getan? Unsere Personen hat er verleumdet, unsere Vorschläge hat er totgeschwiegen. Damit hat er jedes Recht verwirkt, sich heute auf uns und auf unsere Noten zu berufen.

Daß die Herren in Paris heutzutage von ihrem schlechten Gewissen geplagt werden, kann ich sehr wohl nachfühlen: Damals wollten sie um jeden Preis jede sachliche Auseinandersetzung, jede mündliche Verhandlung vermeiden, weil sie genau wußten, daß ihr ganzes Kartengebäude von überspannten, blindlings summierten Forderungen einem kontradiktorischen Verfahren nicht würde standhalten können. Jetzt sehen sie nun ein, daß es ohne mündliche Verhandlungen doch nicht geht, versuchen aber, um ihren Bankerott vor dem eigenen Volke zu maskieren, die Versailler Forderungen aufrechtzuerhalten und mit militärischen Drohungen durchzusetzen. Aber innerlich fühlen sie ebenso gut wie vor zwei Jahren, daß einseitige Beschlüsse praktisch wertlos sind.

Wenn der „Temps" von dem 100-Milliardenangebot spricht und bemerkt, dieses sei allerdings von bestimmten territorialen und wirtschaftlichen Zugeständnissen abhängig gemacht worden, denn ich hätte „versucht, verschiedene Fragen: Wiedergutmachung, wirtschaftliche Klauseln, Reichsgrenzen miteinander zu verquicken", so frage ich mich, ob es die

Kahrs Herausforderung.

Protest der Sozialdemokratie.

München, 11. Februar. (WTB.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Abg. Timm (Soz.) im Namen seiner Fraktionsfreunde, daß das Verhalten des Ministerpräsidenten **eine unerhörte im parlamentarischen Leben noch nie dagewesene Provokation und eine unglaubliche Beleidigung großer politischer Parteien der der Regierung übergeordneten Volksvertretung** darstelle. Wir halten es, sagte Timm, mit der Ehre und Würde der von uns vertretenen Volksteile für unvereinbar, an den Verhandlungen des Landtages teilzunehmen, solange nicht Herr v. Kahr seinen Verpflichtungen als Ministerpräsident nachgekommen ist. Hierzu geben wir ihm durch die sofortige Beantwortung folgender Frage Gelegenheit: Welche Haltung gedenkt die bayerische Regierung zu dem aus dem Pariser Diktat sich ergebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen einzunehmen?

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte führte Abg. Stang (Bayer. Vp.) im Namen und im Auftrage der Koalitionsparteien aus, daß die Berliner Verhandlungen streng vertraulichen Charakter hätten. **Solange diese Vertraulichkeit nicht mit Zustimmung der Reichsregierung aufgehoben sei, könne die Regierung in öffentlichen Sitzungen keine Mitteilungen machen. Den Koalitionsparteien, welche die Verantwortung mit zu tragen hätten, seien natürlich Informationen zugegangen.** Auch anderen Parteien könnten Informationen gegeben werden und daß auch der Ministerpräsident damit einverstanden sei, ergebe sich aus der Tatsache, daß Ministerpräsident v. Kahr dem Vizepräsidenten Auer (Soz.) eine Einladung zu einer Besprechung zugehen ließ, deren Gegenstand die Erteilung von Aufschlüssen über mit den Berliner Verhandlungen zusammenhängende Fragen bilden sollte.

Vizepräsident **Auer** (Soz.)

sagte, daß er von einem Regierungsvertreter eine telephonische Einladung zu einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten erhalten habe, daß aber die Besprechung wahrscheinlich erst am Sonnabend hätte stattfinden können. Ueber den Zweck der Besprechung sei kein Wort gesprochen worden.

Nach dieser Erklärung verließen die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtages geschlossen den Saal.

Abg. Stang meint, es müßte daran festgehalten werden, daß nach den Bestimmungen der Verfassung für den Ministerpräsidenten keine Verpflichtung vorliege, einer Minderheit des Landtages Aufschlüsse zu geben.

Abg. Dirr (Dem.) erklärte, daß Auer über den Zweck der vom Ministerpräsidenten nachgesuchten Besprechung nicht im Zweifel sein konnte. Die Information sollte erfolgen, daß sie aber nicht früher stattfinden konnte, liege eben daran, daß die Verhandlungen der Koalitionsparteien erst sehr spät beendet waren.

Oberregierungsrat Schelkhorn bestätigte, daß er die telephonische Unterredung mit Auer geführt habe. Er habe als Gegenstand der Unterredung ausdrücklich die politische Lage genannt, was er jederzeit eidlich erhärten könne. Auer habe im Gespräch mit ihm erklärt, es wäre ihm angenehmer, wenn die Besprechung erst am Sonnabend stattfinden könnte.

Das Haus trat sodann in die Besprechung der Tagesordnung ein, da eine Wortmeldung zur Interpellation nicht vorlag. Die Linke war nicht wieder in den Saal zurückgekehrt. Die Interpellation war somit erledigt. Den Rest der Sitzung füllte die Beratung des Forstetats aus.

Orgesch-Waffen in Hamburg.

Hamburg, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts".) **Es ist der Hamburger Polizei gelungen, in Hamburg in einem Privathause eine Anzahl Maschinengewehre und große Mengen von Maschinengewehr- und Gewehrmunition zu finden und zu beschlagnahmen. Die Waffen und Munition wurden von auswärts nach Hamburg gebracht und sollten von hier aus nach einem holsteinischen Ort gebracht und dort verborgen werden, um sie einer Escherich-Organisation zu sichern. Die Polizei hat alle an dem verbotenen Waffenbesitz und Transport beteiligten Personen festgesetzt. Sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.**

Besprechung in der Reichskanzlei. In der Reichskanzlei fand gestern eine vertrauliche Besprechung mit den Parteiführern statt, an der außer dem Reichskanzler auch der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons teilnahm. Die Aussprache drehte sich um die Londoner Konferenz und die Haltung Bayerns in der Entwaffnungsfrage. Dr. Simons wird den Standpunkt der Regierung am Sonntag in Stuttgart in einer Rede präzisieren, in der er sich auch mit den französischen Kammerdebatten beschäftigen wird.

französische Presse als ihre Hauptaufgabe ansieht, die einfachsten Tatbestände zu verdunkeln und den gesunden Menschenverstand, sobald er von einem deutschen Staatsmann vertreten wird, als etwas Machiavellistisches hinzustellen. Selbstverständlich waren und bleiben die Wiedergutmachungen abhängig von den übrigen Teilen des Friedensvertrages. Selbstverständlich setzte unser Versailler Wiedergutmachungsvorschlag die Annahme unserer territorialen, finanziellen und sonstigen Gegenvorschläge voraus. Und es ist überhaupt der reinste Wahnsinn, die Wiedergutmachungsfrage regeln zu wollen, ehe noch die Frage der künftigen Zugehörigkeit Oberschlesiens entschieden ist. Ins private kaufmännische Leben übertragen, würde man ein solches Verfahren als einen Irrsinn betrachten. Wenn aber ein deutscher Unterhändler, wie ich in Versailles, oder Dr. Simons bereits in Spa und noch kürzlich bei den Verhandlungen über das Projekt Seydoux, diese „Voraussetzungen" erwähnt, dann werden die offiziösen Pariser Journalisten mißtrauisch — oder sie tun so — und rufen erzürnt in die Welt hinaus: „Da habt ihr wieder einen Beweis von „Verquickungsversuch", von Deutschlands „bösem Willen" und „schlechtem Glauben", vom Bestreben der deutschen Staatsmänner, den „Vertrag zu sabotieren"! So treibt man aber keine ernsthafte Politik, sondern das ist journalistischer Dilettantismus schlimmster Art. Jeder Landwirt muß sich zu einem gewissen Zeitpunkt entscheiden, zu welchem Zwecke er seine Pferde verwenden will: entweder benutzt er sie zur Zucht, oder — er ruft den Tierarzt. Beide Wünsche sind nicht miteinander zu „verquicken". In Versailles aber war die Entente von diesen beiden Wünschen gleichzeitig beseelt. Daß Clemenceau für diesen Unterschied kein Verständnis mehr zeigte, kann ich begreifen. Hat er doch in seiner Ententenote vom 22. Mai 1919, als Antwort auf unsere Bemerkungen über die voraussichtlichen wirtschaftlichen Folgen der Friedensbedingungen, eine geradezu haarsträubende volkswirtschaftliche Ignoranz entfaltet. Namentlich als er wörtlich behauptete, es „liege nicht der mindeste Anlaß vor, zu glauben, daß eine Bevölkerung zu dauernder Unfähigkeit verurteilt ist, weil sie in Zukunft Handel mit ihren Nachbarn treiben muß, anstatt selbst das zu erzeugen, was sie bedarf. Ein Land kann gleichzeitig ein großes Industrieland werden und bleiben, ohne selbst die Rohstoffe zu erzeugen, die für seine Hauptindustrien notwendig sind".

Der damalige französische Ministerpräsident, der so etwas schrieb, und in dessen Händen die Geschicke der ganzen Menschheit damals lagen, hatte wohl noch nie etwas von „Handelsbilanz" und von „Valuta" gehört? Er hat dieses intelligente Prinzip im Vertrag von St. Germain buchstäblich angewandt: Besonders die Wiener Kinder wissen, mit welchem Erfolg. Und was würde z. B. die Tschecho-Slowakische Republik dazu sagen, wenn man gegen sie das Nationalitätenprinzip, diesen clemencistischen Grundsatz, befolgen würde, wonach es gleichgültig ist, ob man die Rohstoffquellen besitzt oder nicht?

Wenn ich nun meinerseits Vergleiche über die Lage damals vor der Weimarer Entscheidung und jetzt vor den Londoner Verhandlungen anstelle, so empfinde ich doch eine gewisse Beruhigung. Was uns in Versailles so bitter gefehlt hat, das war ein einmütiger Ablehnungswille in der deutschen Arbeiterschaft. Jetzt wenigstens, bei aller Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung, sind sich alle sozialistischen Parteien in der Auflehnung gegen die Pariser Versklavungsbeschlüsse einig. In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Vorwärts" in Versailles sagte ich: „Die deutschen Delegierten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse schwer versündigen, wenn sie Bedingungen unterschrieben, die nichts anderes als verewigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuten." Damals hat dies leider ein bedeutender Teil des deutschen Proletariats nicht geglaubt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde mußte Deutschland unterschreiben. Aus den bisherigen Kundgebungen ersehe ich aber zu meiner Genugtuung, daß man in allen Teilen des deutschen Proletariats die vernichtende Tragweite der Pariser Beschlüsse erkennt und sich entschlossen gegen deren Unterzeichnung wendet. Ich wünsche von Herzen, daß diese damals von uns in Versailles und Weimar so bitter vermißte Einigkeit der arbeitende Klasse in der Ablehnung nunmehr der deutschen Delegation in London zugute komme.

Eine vernünftige französische Stimme.

Im Pariser Blatt „Oeuvre", das sich auch der Regierung gegenüber unter der geschickten Leitung des bekannten Polemikers Gustave Téry stets ein selbständiges Urteil bewahrt hat, finden wir einen Artikel des linksrepublikanischen Abgeordneten Jean Hennessy, der unter der Ueberschrift: „Das schlechte Abkommen" die Beschlüsse der Pariser Konferenz scharf kritisiert und die Gründe auseinandersetzt, weshalb er gegen das Vertrauensvotum für das Ministerium Briand stimmen werde. Er schreibt u. a.:

„Frankreich hat mit nur vier anderen Staaten — darunter drei europäischen Staaten, England, Italien und Belgien — die Zahlungsmodalitäten der deutschen Schuld bestimmen wollen. Man hatte den Unterhändlern von Versailles vorgeworfen, und zwar mit Recht vorgeworfen, daß sie den Vertrag unter sich abgemacht und daß sie die Feinde erst zur Unterschrift gerufen haben, als alle Fragen bereits gelöst waren. Daher auch die passive Resistenz der Besiegten.

Heute aber verfährt man noch ungeschickter: In Versailles wenigstens nahmen alle alliierten und assoziierten Länder, die den Zentralmächten den Krieg erklärt hatten, an der Diskussion teil. Auf der jetzigen Pariser Konferenz aber waren weder die Vereinigten Staaten, noch irgendein südamerikanischer Staat, noch Rumänien, noch das von unseren Beratungen nunmehr ferngehaltene Griechenland vertreten. Die hauptsächliche Vereinbarung, nämlich die, die die Deutschen zwingt, uns eine Taxe auf ihre Ausfuhr zu zahlen, ist demnach ohne Rücksprachen mit zahlreichen Signatarmächten des Friedensvertrages getroffen worden; sie ist übrigens in aller Eile, im Laufe eines einzigen Nachmittags zustande gekommen. Man stellt sie als eine geniale Lösung hin. Die schlechte Laune von Lloyd George ist damit vorübergehend zerstreut worden. Aber das ist wohl das deutlichste Resultat und, meines Erachtens, auch das einzige.

Und weiter: Was ist dieses Abkommen wert? Nehmen wir an, daß die Deutschen es annehmen und erklären, es während mehrerer Jahrzehnte einhalten zu wollen, nehmen wir an, daß, nachdem sie es angenommen haben, sie sich dem nicht entziehen durch Schiebungen, die zwar leicht zu versuchen, aber fast unmöglich nachzuweisen sind; nehmen wir an, daß die Ziffer des Außenhandels Deutschlands trotz des Verlustes seiner Kolonien und seiner Handelsflotte genügend hoch wäre, um aus der 12prozentigen Taxe eine beträchtliche Summe zu machen — lauter sehr fragliche Tatsachen —; nehmen wir schließlich an, und das ist sehr zweifelhaft, daß, um diese Ausfuhrtaxe zu beheben, wir nicht gezwungen sein würden, die deutsche Zollverwaltung und die deutschen Zollämter selbst zu übernehmen, d. h. längs der deutschen Grenzen Wächter in der Zahl von mehreren Armeekorps zu unterhalten; alles das angenommen, habe ich die Ueberzeugung, daß die vorgeschlagene Methode die Mißgunst der ganzen Welt hervorrufen und daß eine allgemeine Bewegung der öffentlichen Meinung uns zwingen wird, sie aufzugeben.

Die Länder, die deutsche Erzeugnisse benötigen — und, damit das Abkommen überhaupt wirke, muß man hoffen, daß diese Länder zahlreich werden und daß Deutschland viel exportiere — werden Protest erheben, denn sie werden es in Wirklichkeit sein, die der Reparationskasse die 12 Proz. bezahlen werden. Diese Länder werden die deutschen Proteste unterstützen. Und wenn wir die deutschen Erzeugnisse kaufen werden, dann werden wir selbst an uns selbst das bezahlen, was Herr Loucheur eine „Entschädigung" nennt."

Im zweiten Teil seines Artikels bringt der Abg. Hennessy selbst Anregungen für die Lösung der Reparationsfrage:

„Man muß zum einzigen vernünftigen Projekt zurückkehren, das wegen privater Interessen beiseite geschoben wurde. Man muß die Deutschen zwingen, mit deutschen Arbeitskräften und mit deutschem Material unseren Boden, unsere Gehöfte, unsere Dörfer und unsere Städte wieder aufzubauen und das weggenommene oder zerstörte Material wieder einzusetzen. Das ist die wirkliche Reparation, die einzige, die geleistet werden kann."

Wir unterschreiben jedes Wort Hennessys, bis auf die Wendung, daß man Deutschland dazu „zwingen" müsse. Es ist bekannt, daß gerade die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter sich zu dieser Art der Reparation, die in der Tat die einzig mögliche und die einzig gerechte ist, weil sie dem Wortlaut und dem Geist der 14 Punkte Wilsons entspricht, spontan bereiterklärt haben. Auch der bürgerliche Abgeordnete Hennessy deutet an — was vor ihm Genosse Jouhaux mit erdrückendem Tatsachenmaterial bereits nachgewiesen hat —, daß privatkapitalistische Interessen bisher die Verwirklichung dieses Planes verhindert haben.

Ein Norweger über den Schadenersatz.

Kristiania, 11. Februar. (WTB.) Im Zentralorgan der norwegischen Arbeiterpartei „Socialdemokraten" schreibt Advokat Ludwig Meyer, der Mitbegründer der norwegischen Arbeiterbewegung, die Schadenersatzforderung der Alliierten sei mindestens doppelt so hoch, wie sie das Waffenstillstandsabkommen zulasse, das als einzig bindend für Deutschland angesehen werden müsse, da die Deutschen im Vertrauen auf dieses sich ergeben hätten. Entgegen den Versprechungen Wilsons, denen die Alliierten sich während der Waffenstillstandsverhandlungen angeschlossen hätten, habe die Entente Deutschland seine Kolonien geraubt und jetzt auch eine direkte Kriegsentschädigung gefordert.

Englisch-amerikanischer Zeitungskrieg.

Ein Teil der Presse beschäftigt sich andauernd mit Gerüchten über eine gefährliche Spannung zwischen England und Amerika. Diese Gerüchte sind alle einer angeblichen warnenden Aeußerung von Sir Auckland Geddes zu amerikanischen Journalisten entstanden, die Verhältnisse zwischen England und Amerika trieben zum Krieg, eine Aeußerung, die von der englischen Presse ebenso lebhaft bestritten, wie von der amerikanischen lebhaft kommentiert wird. Wenn ein Teil der deutschen Presse ein übertriebenes Interesse an diesen Unterhaltungen zeigt, so ist das wenig geschickt. Denn erstens gehört ein Krieg zwischen den beiden angelsächsischen Mächten zu den unwahrscheinlichsten Dingen der Welt, zweitens wäre es ein Bankrott der menschlichen Vernunft, wenn es nach den Erfahrungen des Weltkrieges abermals zwei Völker gelüstete, übereinander herzufallen, drittens hätte das deutsche Volk dabei nichts zu erben, als noch mehr Not und Elend, da das kriegerische Stocken aller Weltverbindungen automatisch wie eine Blockade wirken würde.

Wenn nun gar Bernhard Shaw, wie berichtet wird, wirklich von einem kommenden Krieg gesprochen haben soll, der auf der einen Seite England und Frankreich, auf der anderen Amerika und Mitteleuropa sehen werde, so würde das seiner dichterischen Phantasie alle Ehre machen, aber nicht seinem politischen Scharfsinn. Das balkanisierte Mitteleuropa könnte in einem neuen Krieg nur, soweit der Waffenvorrat noch reicht, sich selber zerfleischen, und der zweite Weltkrieg würde noch unglücklichere Sieger sehen als der erste.

Der Atem der deutschen Presse aber reicht nicht weit genug, um dort drüben Flammen aus- oder Funken anzublasen. Sie tut schon darum gut, alles zu unterlassen, was als ein Versuch zum einen oder zum anderen mißdeutet werden könnte.

•

Paris, 11. Februar. (DA.) Der „Temps" ist in der Lage, den authentischen Wortlaut der Erklärungen zu veröffentlichen, die der englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, in London gegenüber einer Gruppe amerikanischer Journalisten abgegeben hat und die gegenwärtig in England und Amerika den Gegenstand

---

Im Zeughause.

Der große Mittelhof liegt im trüben Regenlichte. Die chinesischen Fahnen sehen, durch Schmutz und Alter grau geworden, sehr ehrwürdig aus, man kann die Mottenlöcher fast für Kugelspuren halten.

Ringsum stehen Kanonen jeder Sorte. Von dem Bombenschmeißer Karls des Zerplatzten an bis zum modernen Schnellfeuergeschütz, ist alles vertreten, was menschliche Liebenswürdigkeit und Erfindungskunst ersann, um sich gegenseitig das Lebenslicht auszublasen.

Gerade vor der Doppeltreppe hockt, wie ein flügellahmer Geier, ein Flugzeug.

Ein Invalide, in seiner roten Infanteriemütze, bewacht den Militarismus.

Plötzlich kommt ein Lehrer mit seiner Klasse herein. Er spricht laut und schneidig, zeigt mit seinem Stocke auf die Fahnen und erklärt.

Man kann alles sehr gut verstehen, besonders, wenn er die Kraftstellen herausschmettert: Unsere siegreichen Fahnen . . . wieder zu Ehren bringen . . . Unsere herrliche Armee . . . . ruhmreiche Vergangenheit . . . . Für das Vaterland gestorben . . . Rache für den Schmachfrieden! . . . Donner der Kanonen . . . . groß geworden!

Es ist wunderschön, beinahe wie früher ein Kaisergeburtstag.

Der Eindruck ist ungeheuer, die Jungens starren wie gebannt auf die Geschütze, einer probiert heimlich an einem Verschlusse, andere heben die Geschosse auf. Ihre Augen glänzen, sie sind ganz bei der Sache, nur zögernd trennen sie sich von den Kartaunen, als der Lehrer endlich weitergeht.

Im Vorübergehen höre ich den einen zu seinem Freunde sagen: „Wat Mage, wenn wir den ollen Zinnober hier so verkloppen könnten . . . ."

h. w.

Das Geheimnis des Geruchsinns. Der Geruchssinn, dessen Erforschung sich in letzter Zeit die Physiologie so eifrig zugewandt hat, bietet doch noch mannigfache Geheimnisse und Seltsamkeiten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der zivilisierte Mensch nur noch einen sehr verkümmerten Geruchssinn besitzt, wenn man seine Fähigkeit des Riechens mit den Leistungen primitiver Menschen vergleicht. Nicht nur in den Indianergeschichten, sondern auch in allen wissenschaftlichen Berichten über die dem Aussterben nahe Rasse der einstigen Herren von Nordamerika wird erzählt, wie die roten Männer schon aus großer Entfernung den Geruch eines nahenden Fremdlings witterten, und die halbwilden Ainus von Nordjapan verfolgen noch heute ein Wild allein mit der Nase, so sicher wie der beste Jagdhund. Gelegentlich gibt es auch noch unter den heutigen Europäern Virtuosen des Geruches. So weiß man von Taubstummen, daß sie bisweilen so fein entwickelte Geruchsnerven haben, daß sie einen eintretenden Freund oder Verwandten an dem bloßen Geruch erkennen können. Von dem großen englischen Geologen Dea Duckland ist überliefert, daß er, wenn er mit Freunden ausritt und die Gesellschaft sich verirrt hatte, vom Pferde stieg, eine Handvoll Erde aufnahm, daran roch und dann genau angeben konnte, in welcher Gegend man sich befand. Auch die Riechleistungen der Jagdhunde bieten in ihrer seltsamen Verschiedenheit manche Geheimnisse. Jeder Jäger weiß, daß sein Hund an manchem Tage mit seiner Nase Erstaunliches leistet, während zu anderer Zeit sein Riechorgan ganz stumpf zu sein scheint. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß Hunde der Fährte des Wildes an einem trüben feuchten Tage besser folgen können, als bei sonnenhellem Wetter und trockener Luft. Bisweilen ist der Geruch des Hundes am Morgen gut und am Nachmittag schlecht; es kann aber auch umgekehrt sein, und manche Hunde finden am Morgen gar nichts, während sie am Nachmittag jeder Spur folgen.

Der Zeitsinn des Hundes. Ein schwedischer Tierfreund, Axel v. Schantz, berichtet in einem Buch, in dem er von seinen Erlebnissen mit Jagdhunden erzählt, auch vom Zeitsinn des Hundes. Er behauptet, daß zum mindesten manche Hunde sich genau darüber Rechenschaft geben können, welcher Tag der Woche ist. Er erzählt, daß einer seiner Hunde ihn regelmäßig an der Landungsbrücke erwartete, an der er jeden Sonnabend mit dem Dampfer anzukommen pflegte. An den übrigen Tagen, an denen der Dampfer ebenfalls regelmäßig ankam, blieb der Hund dagegen stets zu Hause. Im Anschluß hieran führt ein schwedisches Fachblatt einen ähnlichen Fall an, den ein Einsender erzählt: „Ich hatte vor einigen Jahren einen kleinen, sehr klugen Dackel. Da ich damals gerade einen Dienst hatte, in der freie Tage in der Woche nicht in Frage kamen, blieb nur der Sonntag für die Jagd übrig. Der Hund lag nachts stets im Zimmer, und jeden Morgen in der Woche sah er mich gegen 8 Uhr aufstehen und zur Arbeit gehen. Die ganze Zeit über blieb er still auf seinem Platz. An jedem Sonntag morgen aber, zur Zeit, da ich aufzustehen pflegte, um in den Wald zu gehen, kam der Hund an mein Bett, legte seinen Kopf aufs Kissen, die Nase dicht an meinem Ohr und winselte bis er sah, daß ich mich rührte. Dann ging er wieder auf seinen Platz und wartete, daß ich aufstehe. Wenn ich einmal wieder einschlief, war er bald wieder da, aber nun gab er nicht nach, bis er mich aufstehen sah. Dies wiederholte sich an jedem Sonntag morgen den ganzen Winter hindurch."

Arno Nadel las, von Hannah Zweig unterstützt, im Graphischen Kabinett aus eigenen Werken. Die Gedichte und eine religiöse Szene bewegten, daß Nadel Gott mit seiner ausschweifenden Phantasie vermischt und identifiziert. Diese Art geiler Interjektionen wird nicht zur Dichtung, noch zur Mystik, wenn man vorgibt, ihr ein Gott-Erleben überzuordnen. Verzeiht man auch die Langeweile, mit der diese kunstfernen Gebilde den Zuhörer belasten, so muß doch dem Verfasser im Zeitalter der Psychoanalyse geraten werden, seine Leiden auf andere Weise abzureagieren, als dergestalt, daß er Gott, roten Frauenbusen, verbotene Fleischeslust auf nicht einmal irritierende, sondern schwüle Art verwebt.

Da man in Berlin fürchten muß, durch eine hinweisende Betonung jeder Bürgerlichkeit das Interesse am Autor wachzurufen, statt von ihm fortzuführen, sei hinzugefügt, daß Arno Nadel dem p.p. Publikum keineswegs etwelches Vergnügen bereitet, weil seine sexuellen Zwangsvorstellungen, scheinbar dezent verabreicht und in Gottes Namen dargeboten, jeder verfeinerten Erotik entbehren.

Hannah Zweig schien eine Vortragende von Entwicklungsmöglichkeit zu sein, doch muß man erst Dichtung durch sie vermittelt erhalten, um ein Urteil fällen zu dürfen. Bis dahin spricht gegen ihren Instinkt, daß sie sich solchem Gefasel zur Verfügung stellte. Zahlreiches Publikum klatschte und schien von Hanns Heinz Ewers zu träumen.

hsö.

Kampf um Schnitzlers „Reigen" in Wien. Die christlich-soziale Regierung Deutschösterreichs hat die weitere Aufführung von Schnitzlers „Reigen" untersagt. Der Bürgermeister von Wien erkennt die ihm zugegangene Verfügung jedoch nicht an, weil der Erlaß des Ministers des Innern der Theaterordnung und den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nicht entspreche. Die Sozialdemokratie interpellierte im Nationalrat wegen des Verbots. Die Interpellation wurde vom Genossen Leuthner begründet und vom Minister des Innern Glanz beantwortet, wobei es wiederholt zu stürmischen Szenen kam.

Die Hausnummer des Dichters. Der 25. Todestag Paul Verlaines, der in Frankreich ziemlich still begangen wurde, erinnert einen Mitarbeiter der „Münch. N. N." an eine kleine Anekdote, die der Satiriker Courteline einmal im Freundeskreise erzählt hat. Courteline hatte es übernommen, den gewohnheitsmäßig angetrunkenen Verlaine heimzuschaffen. Er lud ihn in eine Droschke und fragte nach der Adresse. Verlaine wußte nicht mehr. Courteline verlegte sich aufs Raten. „Linkes Seineufer? — Montmartre? — Bastille-Viertel?" Jedesmal ist ein verneinendes Grunzen die einzige Antwort. Nach 10 Minuten wußte Courteline endlich: Roquettestraße. Nun kam noch die Hausnummer. Verlaine wußte nicht. Courteline begann zu zählen. „Nr. 1?" Verneinendes Grunzen. „Nr. 2?" Ditto. Courteline zählte weiter mit frommer Geduld, wie man sich vorstellen mag, denn Verlaine wohnte Nr. 142!

Der Feldbetracht — dieses schöne Wort lesen wir im „B. T." kurz hinter dem wohl nicht mehr zeitgemäßen Ausdruck „Die Feldbetrachtung". Wir wollen uns aber diesen Sprachverderb künftig zu eigen machen und z. B. statt von einer Rezension von einem Kunstbetracht reden. Wie gut, daß unsere Sprache noch nicht mit einer Schupo ausgestattet ist!

Das Leipziger Schauspielhaus, das im vergangenen Jahre — ebenso wie viele andere Theater im Reich — infolge der unhaltbaren Zeitverhältnisse in eine schwere Krangkheit geraten war, hat zur Gesundung seiner finanziellen Verhältnisse den Weg der Selbsthilfe beschritten, indem es nach den Vorschlägen seines Direktors zur Gründung einer Theatergemeinde entrieb. Dieser Weg hat sich als sehr brauchbar erwiesen, denn schon nach dem ersten Vierteljahr konnten Einnahmen und Ausgaben des Theaters ins Gleichgewicht gebracht und dem Zuge zum Defizit Einhalt geboten werden. Im übrigen scheinen die Theaterverhältnisse in Leipzig ziemlich so worten zu sein. Die Leipziger Volksbühne und die Kammerspiele sind verkracht. Unter Bieder's Leitung, dem Schutz des Schauspielhauses und dem Namen Kleines Theater sollen die Kammerspiele jedoch bald wieder mit dem „Reigen" eröffnet werden. Weiter will unter Ausschaltung von Zensur und Presse eine „Leipziger Morgenbühne" vor der Oeffentlichkeit treten. Revolutionäre und proletarische Stücke beabsichtigt eine „Proletarische Bühne" zu bringen.

Tanzmatinee. Im „Theater des Westens" findet am Sonntag, vormittags 11½ Uhr, ein russisches Balletttanzspiel statt, in dem als Solotänzerinnen die Damen Rutkowskaja, Kutia und Woitjagowskaja mitwirken. Die Leitung hat Trojanowski.

Groß-Berlin

Zur Wahl des Stadtkämmerers.

Der Wahlausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat auch in seiner gestrigen Sitzung die Vorbereitungen für die Wahl des Stadtkämmerers nicht zu Ende führen können. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Stelle unter den bereits bei der allgemeinen Magistratswahl festgesetzten Gehaltsbedingungen (24—30 000 M.) mit achttägiger Frist öffentlich auszuschreiben und zunächst von den im Ausschuß genannten Persönlichkeiten den Stadtkämmerer Scholtz in Charlottenburg, den von kommunistischer Seite vorgeschlagenen Bankbeamten Max Emonts, den Stadtrat Dr. Karding in Flensburg und den zweiten Bürgermeister in Hannover Bucerius zu einer Vorstellung im Ausschuß einzuladen.

Verhinderte Millionenschiebungen.

Gefälschte Stempel und Unterschriften.

Nachdem erst vor einigen Wochen das Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern eine Fälscherzentrale für Ein- und Ausfuhrbewilligungen aufgehoben hatte, ist ihm abermals die Festnahme einer Fälschergruppe gelungen. Der Kaufmann und Ingenieur Erich Schulz, zuletzt in Charlottenburg, Kantstr. 65b, wohnhaft, entnahm einer echten Urkunde Stempelabdrücke und die Faksimileunterschrift des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, Geheimrats Trendelenburg. Nach diesen Abdrücken ließ er eine kleine Schlagpresse für den Trockenstempel und zwei Gummistempel anfertigen. Die Stempel trugen den Reichsadler und die Unterschrift „Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung" sowie die Ordnungsnummer 35. Mit Hilfe der falschen Stempel begann nun die Anfertigung der Urkunden, die hauptsächlich die Einfuhr von Vieh aller Art aus Dänemark betrafen. Abnehmer fanden sich in Menge. Trotzdem die Fälschungen vorzüglich ausgeführt waren, trugen die Grenzüberwachungsorgane Bedenken, sie als echt anzuerkennen und stellten die Nachprüfung in Berlin anheim. Kriminalbeamten des Landespolizeiamts gelang es, die Fälscher zu überführen. Schulz hielt sich, durch seine Beziehungen an der Grenze von den Beanstandungen der Urkunden unterrichtet, verborgen. Seiner habhaft zu werden, war um so schwieriger, als er sich als Sekretär Birnbaum vom Reichseinfuhrkommissar bezeichnete.

Eines Abends betrat eine Streife der Berliner Kriminalpolizei ein bekanntes Lokal am Alexanderplatz, als drei Gäste sich laut herumstritten. Kurz entschlossen nahmen die Beamten die drei Leute mit auf die nächste Wache. Dort wurde der eine sofort als der gesuchte Schulz-Birnbaum ermittelt. Seine Helfershelfer sind die Kontoristin Paula Kunzfeld, der Kaufmann Nikolaus Jessen aus Charlottenburg, Schloßstr. 29 und der Reisende Friedrich Schulte aus Charlottenburg, Kantstr. 69. Letzterer, ein norwegischer Staatsangehöriger, hat sich als Dr. Seidel vom Reichskommissar ausgegeben. Er trat jedesmal in Erscheinung, wenn den Bewilligungen Mißtrauen entgegengebracht wurde und beteuerte telephonisch oder auch persönlich die Echtheit unter Berufung auf seine amtliche Stellung. Die Genannten wurden in Haft genommen und dem Richter vorgeführt.

Eine beachtenswerte Wohnungsstatistik.

Eine Wohnungsaufnahme ist in Berlin-Treptow im vorigen Herbst vorgenommen worden, deren Ergebnisse jetzt in einem eingehenden Bericht vorliegen. In 587 Gebäuden wurden insgesamt 285 gewerblich benutzte und 9644 bewohnte Wohnungen festgestellt. Auf 1- und 2-Zimmer-Wohnungen entfallen 6789 = 73 Proz., auf 3 und 4 Zimmer 2050 = 22 Proz., während 505 = 5 Proz. und mehr Zimmer enthalten. Vorherrschend ist mit 4827 der Typ der 2-Zimmer-Wohnung. Die Zahl der Wohnungen über 7 Zimmer ist seit 1918 durch Teilung von 78 auf 49 herabgedrückt, während die Kleinwohnungen eine Zunahme von 287 aufweisen. Von der Gesamtbevölkerung wohnten 69 Proz. in kleinen, 24 Proz. in mittleren (3 und 4 Zimmer) und 7 Proz. in größeren Wohnungen. In den 1-Zimmer-Wohnungen kommen auf einen Raum 1,40 Bewohner, bei 2 Zimmern 1,12, bei den großen Wohnungen aber nur 0,69 Bewohner. Die Kleinwohnungen sind also im Durchschnitt doppelt so stark belegt als die großen Wohnungen.

Aufgabe einer planmäßigen Wohnungsfürsorge muß es sein, daß Mißverhältnis in der Belegung der Wohnungen weiter zu beseitigen. Die neue Wohnungsluxussteuer dürfte dabei gute Dienste leisten. Daneben muß vor allem die Bautätigkeit belebt werden.

„Treue dem Kaiserthron."

Die monarchistische Werbearbeit unter der „höheren" Schuljugend gedeiht in Berlin weiter. An der Kirschner-Oberrealschule in der Zwinglistraße wird Geld für eine „Fahnenspende" gesammelt.

Als Quittung über den Beitrag von 10 Pf. erhält der Spender einen Zettel, der mit Reichsadler und Kaiserkrone geschmückt ist und eine Strophe eines nach der Melodie „Heil dir im Siegerkranz" zu singenden „Weihegesanges" wiedergibt. Diese lautet:

Darum mit wucht'gem Klang
In unserem Weihgesang
Den Schwur erneut:
Treue dem Kaiserthron —
Treue der Kaiserkron' —
Treue dem Zollernsohn —
In Ewigkeit!

Der Kaiserthron ist umgestürzt, die Kaiserkrone ist zerbrochen — aber der Zollernsohn ist noch zu haben. Der sitzt gesund und vergnügt in Holland, wohin er zusammen mit seinem schuld- und fluchbeladenen Papa ausgekniffen ist. Wird der Herr Papa es nicht übelnehmen, daß nicht ihm, sondern nur noch seinem hoffnungsvollen Sprößling der „Treueschwur" gilt? Sonderbar ist übrigens, daß diese Werbearbeit anscheinend von keinem Lehrer gesehen wird.

Eine verdammenswürdige Tat!

Von einem Charlottenburger Lehrer erhalten wir eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Fluchwürdig ist jeder Diebstahl, fluchwürdiger aber noch, wenn er an armen Leuten verübt wird; wie er sich am 9. d. M. in Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 46, bei Frau Punkt ereignete. — Am Tage ist der Dieb durch ein Dachfenster eingestiegen, ist dann in einen verschlossenen Bodenraum gedrungen, in welchem Wäsche zum Trocknen aufgehängt war. Gestohlen wurde sämtliche Bett- und Leibwäsche von einer sechsköpfigen Familie im Werte von mehreren Tausend Mark. Der Bestohlene — ein Anfänger bei der Bahn — mit einem mehr als bescheidenen Einkommen, gönnt sich nichts, um seine Familie dürftig zu erhalten. Dessen Ehefrau ist früh und spät in und außer dem Hause tätig. Eine 14jährige Tochter, die jetzt konfirmiert werden soll, hatte sich in Stellung von ihrem monatlichen Einkommen von 30 Mark ein paar Hemdchen zur Konfirmation erspart, die mitgestohlen wurden. Wieviel Arbeit, Mühe und Sorgen hatten an diesen bescheidenen Habseligkeiten, und nun vor einem Nichts! Dazu Mittellosigkeit und Teuerung! — Der unaussprechliche Jammer der armen Bestohlenen greift tief ins Herz. Hilfe tut Not. Einer allein kann nicht helfen, wer hilft mit?

Oeffentl. Wählerversammlungen

Sonntag, den 13. Februar:

Steglitz: 11 Uhr vormittags im „Albrechtshof", Albrechtstr. Referent Franz Krüger.

Kaulsdorf-Süd: 5 Uhr nachmittags im Restaurant „Sanssouci", Moltkestr. 1. Referentin: Hedwig Wachenheim.

Wartenberg: 8 Uhr nachmittags im Lokal „Zum goldenen Stern". Referent: Genosse Kohl.

Oeffentliche Frauenversammlung

Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr:

Cladow a. d. Havel: Referentin: Else Scheibenhuber.

Hausangestellte, Köchinnen, Küchenmädchen, Hausmädchen, Jungfern, Diener usw.

Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr:

Festsaal der Staatlichen Augusta-Schule, Westen, Eichenallee 34/37. Referentin: Luise Kähler, M. d. L.: „Die Bedeutung der Landtagswahlen."

Die Wahlen der Bezirksämter.

Die Bezirksversammlung des 15. Verwaltungsbezirks trat gestern zur Wahl der Bezirksamtsmitglieder zusammen. Auf Grund der Vereinbarungen, die zwischen den einzelnen Parteien getroffen waren, wurden zunächst folgende besoldete Mitglieder gewählt: Stadtverordneter Grunow-Oberschöneweide (U.S.P.) Bürgermeister, Redakteur am „Vorwärts" Wermuth-Neukölln (S.P.D.) Bürgermeister-Stellvertreter. Zu Stadträten wurden gewählt: Gemeindevorsteher Peters-Altglienicke (U.S.P.), Schöffe und Redakteur Kißner-Treptow (S.P.D.), Schöffe Bengsch-Niederschöneweide (U.S.P.), Schöffe Steuer-Johannisthal (S.P.D.), Schöffe Lüdke-Treptow (U.S.P.). Die sozialistische Mehrheit hatte beschlossen, mit Rücksicht auf das zentrale Abkommen der Parteien für den Vertreter der Demokratischen Partei als unbesoldeter Stadtrat zu stimmen. Dadurch wurde neben dem deutschnationalen Klapp die Wahl des demokratischen Baurats Bienz ermöglicht, während sonst den zwei demokratischen Bezirksversammlungsmitgliedern keine Vertretung möglich gewesen wäre. Von den sozialistischen Parteien wurde Schöffe Lemm-Treptow (S.P.D.) und Bennewitz (U.S.P.) gewählt.

Die Bezirksversammlung des 18. Bezirks, die sich in der Hauptsache mit der Wahl des Bezirksamtes zu befassen hatte, fand am Mittwoch, den 9. Februar 1921, im Rathause in Weißensee statt. Die Versammlung genehmigte einstimmig die provisorische Geschäftsordnung. Die Neuwahl des Vorstandes der Bezirksverordnetenversammlung, welche geschäftsordnungsmäßig in der ersten Sitzung der Bezirksversammlung eines jeden Kalenderjahres zu erfolgen hat, zeitigte folgendes Ergebnis: Bezirksverordnetenvorsteher Tischendorf (U.S.P.), Bezirksverordnetenvorsteher-Stellvertreter Hodapp (S.P.D.), Schriftführer Herzig (Bürgerl.), Schriftführer-Stellvertreterin Frau Haack (U.S.P.). Nach verschiedenen schwierigen Verhandlungen unter den Linksparteien fand eine Einigung dahingehend statt, daß von den besoldeten Sitzen im Bezirksamt die U.S.P. 2, die S.P.D. 1, die V.K.P.D. 1 und die Bürgerlichen 1 Sitz erhalten sollen. Anwesend waren von 32 stimmberechtigten Mitgliedern 31. Genosse Falkenstein (S.P.D.) ist bettlägerig krank. Zum Bezirksbürgermeister wurde mit 18 Stimmen gewählt Krankenkassenbeamter Pfannkuch-Hohen-Schönhausen (U.S.P.), 13 Stimmzettel waren unbeschrieben. Mit genau demselben Stimmenverhältnis wurden gewählt zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksamts Gemeindeschöffe Taubmann (S.P.D.). Zu besoldeten Stadträten Kaufmann Pfeiffer-Stralau (V.K.P.D.), Gewerkschaftsangestellter Ernst Fischer (U.S.P.), Privatangestellter Martin (Bürgerl.). Im Wege der Verhältniswahl wurden anschließend an die Wahl der besoldeten Stadträte die 4 unbesoldeten Stadträte gewählt. Eingegangen waren 2 Wahlvorschläge: Liste Andree (U.S.P.) und Liste Frommont (Bürgerl.). Es wurden zu unbesoldeten Stadträten gewählt Gemeindeschöffe Andree und Lehrer Tischendorf (U.S.P.) sowie Lehrer Frommont und Studienrat Hehn (Bürgerl.). Das Bezirksamt des 18. Bezirks setzt sich somit zusammen aus 4 Vertretern der U.S.P., 3 Vertretern der Bürgerlichen und je einem Vertreter der S.P.D. und der V.K.P.D.

In der gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung 6 (Hallesches Tor) wurden Dr. Kahle-Charlottenburg (U.S.P.) zum Bürgermeister und Stadtv. Bruns (S.P.D.) zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Aus der Wahl der besoldeten Stadträte gingen hervor: Stadtrat Gotischalk-Neukölln (U.S.P.), Magistratsrat Grunow-Charlottenburg (Dnat. Vp.), Stadtrat Conrad-Neukölln (S.P.D.), Parteisekretär Zachow (U.S.P.), Regierungsbaumeister (Zweckverband) Brandt (Dnat. Vp.); aus der Wahl der unbesoldeten Stadträte: Stadtv. Zubeil und Schweikardt (U.S.P.), Stadtv. Dittmer und Bezirksverordneter Hetzschold (S.P.D.) sowie Bezirksverordneter Jänicke und Bezirksverordneter Sedlatzek (Bürgerl. Vg.).

Bei der Wahl des Bürgermeisters waren 34 Stimmen für Dr. Kahle, 29 für Bruns und 5 für Stadtv. Rintorf abgegeben worden. Die Stichwahl ergab 34 Stimmen für Dr. Kahle und 34 für Bruns. Es mußte das Los entscheiden. Stadtv. Bruns gab zuvor die Erklärung ab, daß, wenn das Los auf ihn entfalle, er die Wahl nicht annehme. Das Los entschied für Dr. Kahle. Hierbei ist zu bemerken, daß schon vorher ein Abkommen zwischen der S.P.D. und U.S.P. getroffen worden war, wonach Dr. Kahle zum Bürgermeister und Bruns zum stellvertretenden Bürgermeister nominiert werden sollten.

Eine Feierstunde für die arbeitende Jugend findet am Sonntag, den 13. Februar, früh ½9 Uhr, in der Reformationskirche, Moabit, Beusselstr.

Schweres Blut.

36] **Roman von Juhani Aho.**

Marja späht aus, indem sie durch die Luke starrt wie ein an einen Mooshöcker geduktes Schneehuhn, das von einem Fuchs beschlichen wird. Wann kommt er zuück? Werden sie mich verraten? Werden sie ihn hierher bescheiden? Jetzt kommt Anja.

Anja war aus dem Hofe gehuscht und lief aus allen Kräften auf den Strand zu.

„Er ist hier . . . er ist es!"

„Ich weiß . . . was er will!"

„Woher weißt du es? Hast du ihn gesehen?"

„Ja, ja . . was will er Habt ihr gesagt, daß ich hier bin?"

„Nein doch . . . wir errieten sofort . . ."

„Wenn sie es aber anderswo verraten?"

„Nein — die Wirtin hat schon im Dorf herumgeschickt."

„Jetzt kommt er!"

Juha war, von der Wirtin begleitet, auf der Treppe erschienen. Er schritt sie hinunter und trat matt, gebeugt, mit dem Ranzen auf dem Rücken zu seinen Schneeschuhen. Stieg nicht darauf, sondern trug sie den steilsten Uferabhang hinab, den er, wie es schien, nicht herunterzufahren wagte.

„Er geht weg," flüsterte Anja.

„Wenn er hierher kommt, dann sag, daß das Kind dir gehört . . . und daß ich nur mit Gewalt weggeschleppt worden bin . . ."

„Er kommt nicht hierher, er macht sich schon die Schneeschuhe fest."

Sie blickten beide durch den Lukenspalt. Schon von weitem sah Marja in dem blendenden Sonnenschein jeden Knopf an Juhas abgetragenem Pelz, jede Runzel in seinem erschöpften Antlitz. Er hat sich den Bart wachsen lassen, der ist grau und struppig. Die Augen liegen tief im Kopfe, und sie haben einen jammervollen Ausdruck, wie damals, als er nach tagelangem Herumwandern im Walde erschöpft und hungrig nach Hause kam. Es ist darin ein Ausdruck wie in den Augen des Wanderers, der kein Nachtlager bekommen hat und nicht weiß, wohin er gehen soll, während die Augen nach dem Himmel und vom Himmel nach der Erde irren, und der Mund steht ihm offen. Keinmal fällt sein Auge auf die Badestube, er scheint sie gar nicht zu bemerken, obgleich er gerade vor ihr stehen geblieben ist. . . . Er schaut nach dem Gehöft zurück, aus dem er gekommen ist, blickt nach den anderen Gehöften jenseits des Sees, räuspert sich, setzt mit seinen Schneeschuhen an und gleitet auf den See.

„Ach, wie der mir leid tut," flüstert Anja. „Er sucht dich mit hohlen Augen wie eine Tote. Daß es Schemeikka auch übers Herz gebracht hat, dich ihm zu rauben!"

„Wenn er mich nur geraubt hätte, aber wo ich gern mitgegangen bin . . . ich laufe ihm nach . . ."

Marja huschte nach der Tür. Aber als sie sie aufstieß, stand da die alte Wirtin und versperrte ihr den Weg.

13.

„Da glotzt er wieder hinaus," sagte Juhas Mutter verächtlich hinter ihrem Spinnrad.

Juha, der wieder, nach dem Waldrand spähend, am Fenster gesessen hatte, erwiderte zusammenfahrend:

„Ich glotze ja nirgends hin."

„Wenn sie auch noch mal in dieser Welt dorther zurückkäme, wohin sie so gern gegangen ist."

„Ob sie gern gegangen ist, das weiß man ja nicht," sagte Juha sanft.

„. . . dann kommt sie auf alle Fälle nicht in diesem Frühjahrsmatsch. Sie wäre gekommen, als der Schnee trug, wenn sie hätte kommen wollen."

Als der Schnee trug, das war ja auch Juhas Hoffnung gewesen, seine letzte Hoffnung.

„Sie wird nicht kommen . . . ach nein."

Aber plötzlich bekam er einen Anfall seiner Wut:

„Aber wenn sie kommt, und ihr habt sie ohne Grund beschimpft . . ."

„Was dann?"

„Dann sollt ihr wissen, daß ihr keine Nacht mehr im Hause bleibt."

„Gewiß, ich gehe!" lachte die Mutter kühl, ohne ihr Spinnen zu unterbrechen. Ich gehe auch unaufgefordert, wenn die einmal kommt."

Die Sicherheit der Mutter nahm Juha seine eigene. Sie wird ja wohl nicht mehr kommen und kommt auch nicht . . . wo sie sein mag, wenn sie überhaupt noch am Leben ist, da ich nicht die geringste Spur von ihr aufgefunden habe. Wenn er sie in die Stromschnelle gestürzt hat, nachdem er getan, was er wollte.

Aber er wartete doch immer noch, da er ja nicht anders konnte, wartete bei der Arbeit auf dem Hof, wartete bei der Arbeit im Freien. Wartete beim Fischen im Frühjahr, beim Ausbessern der Zäune, beim Fällen auf der Schwende, sogar während des schlimmsten Hochwassers im ganzen Frühjahr. Sie kam nicht. Aber im Sommer wird sie sicher kommen. Wenn sie nicht in diesem Sommer kommt, so kommt sie im nächsten. Man hat ja gesehen, daß auch die in den Kriegsjahren Fortgeschleppten nach zehn, zwanzig Jahren zurückkommen. Darum muß alles hier für sie bereit sein. Hier darf nichts so aussehen, als hätte man gedacht, sie würde nicht kommen. Weshalb habe ich den Schlüssel ihres Speichers in den See geschmissen? Und Juha machte einen Dietrich, und auf den Sommer zu an einem Sonntag, als seine Mutter in die Kirche gefahren war, öffnete er die Tür und sagte zu der Magd:

„Marjas Häuschen muß so zurecht gemacht werden, wie es vorigen Sommer war."

Das Mädchen wurde so froh, daß ihr die Augen in Tränen schwammen. Sie huschte nach dem Speicher hin, kehrte aber auf halbem Wege um und sagte:

„Wirt, ich glaube es nicht — ich kann es nicht glauben . . ."

„Daß sie nicht wiederkommt?"

„Nein, daß sie gern gegangen ist."

„Du sagtest ja, du hättest es selbst gesehen?"

„Ich habe es nicht gesehen . . . ich weiß nicht, ob ich es gesehen habe, obwohl ich glaubte . . ."

„Was hast du denn eigentlich gesehen?"

„Das habe ich gesehen, daß er die Frau vom Strande wegriß und daß die Frau gewiß nicht um Hilfe gerufen hat, aber was liegt daran? Sie kann ja so erschrocken gewesen sein, daß sie nicht schreien konnte."

„Aber hatte sie nicht der Mutter gedroht?"

„Das glaube ich nicht! Das hat niemand gehört. Aber ich habe gesehen, daß, als der Fremde an dem Sonntag herumschwänzelte und ihr nachstrich, Marja immer aufstand und wegging . . . auch dort von der Speichertreppe, als er sich heranmachte und sich neben sie drängte . . . das habe ich gesehen, mag die alte Wirtin sprechen, was sie will."

Das Mädchen ereiferte sich immer mehr:

„Marja hätte sich eher gar totschlagen lassen. Und kann gar in der Stromschnelle liegen, da ihr sie nicht gefunden habt und niemand dort etwas von ihr wußte. Aber gern ist sie nicht gegangen. Und weswegen ist mir so etwas in die Schuhe geschoben worden, daß ich es gesehen hätte oder daß ich gesagt hätte, sie wäre gern gegangen, was ich nicht habe — da ich mich halbtot geweint habe!"

„Weine nur nicht, Kaisa, ich habe es ja nicht geglaubt."

„Ihr auch, ihr habt selbst so fest an eure eigene Frau geglaubt."

(Forts. folgt.)

straße, Ecke Wielefstr., statt. Es wird geboten: Vorlesung, Musik von Bach und Beethoven, Ansprache von Genossen Karl Mennicke. Die Jugend über 14 Jahre ist eingeladen. Eintritt frei.

Pankow-Niederschönhausen (19. Verwaltungsbezirk). Die Jugendwehe findet am 13. März in Pankow statt. Die Anmeldungen nimmt gegen eine Einschreibegebühr von 2 M. Gustav Schliebner, Niederschönhausen, Treskowstr. 14, entgegen. Wegen des Lebenskundeunterrichts erfolgt noch nähere Mitteilung an jeden einzelnen.

Filmschau.

„Die drei Tanten" (U.T. Kurfürstendamm). Es handelt sich hier um ein ganz niedliches Lustspiel, das allerdings noch herzhafter wirken würde, wenn man es nicht nach dem Muster der häßlichen Backfischliteratur zusammengestellt hätte. Warum sollen auch nicht mal, wie es das Thema will, drei alte Tanten darüber zu bestimmen haben, ob ein junger Mann ein junges Mädchen heiraten darf; überflüssig ist dabei nur das Marlittsche Komtessenmilieu, das unausrottbar in seiner Verlogenheit noch immer die gesamte hier einschlägige Literatur beherrscht. Das Fräulein Lotte Neumann, das die Hauptrolle spielt, ist seit Jahr und Tag von der Filmindustrie für die Rolle des „herzigen Dinges" erzogen worden und sie ist nun ewig verurteilt, derlei Gänse in aberstandener Manier zu spielen. Vielleicht, und zuweilen scheint es so, kann sie mehr, und deshalb ist sie heute zu bedauern. Vorzüglich war das Trio der drei alten Damen: Josefine Dora, Emmy Wyda und Olga Limburg.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 12. Februar:

9. Abt. 7 Uhr bei Gläser, Kottbuser Ufer 39/40 (Kantine), Sitzung der Funktionäre, Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute, Elternbeiräte usw.

31. Abt. 6½ Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 86, Sitzung der Funktionäre. Wahlhelfer sind einzuladen.

54. Abt. (Charlottenburg). 8 Uhr bei Bühnemann, Helmholtzstr. 39, Sitzung der Funktionäre.

77. und 78. Abt. (Schöneberg). 6 Uhr bei Obst, Martin-Luther-Str. 69, Funktionärsitzung und Wahlhelfer.

82. Abt. (Steglitz). 8 Uhr bei Klemens, Dünnestr. 7, Sitzung des Agitationsausschusses und der Bezirksführer. Ausgabe des Materials.

91. Abt. (Neukölln). 7½ Uhr bei Kellert, Kaiser-Friedrich-Str. 88, Sitzung der Funktionäre, Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute. Ausgabe des Materials.

Jungsozialisten. Arbeitsausschuß 6 Uhr, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Nachmittags 5 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße (Zimmer 350), Sitzung. Tagesordnung: 1. Schulaufbau. 2. Kulturprogramm. (Vgl. „Freien Lehrer" Nr. 4.)

Morgen, Sonntag, den 13. Februar:

16. Abt. 10 Uhr vormittags bei Schuckert, Rüdersdorfer Str. 3, Sitzung sämtlicher Funktionäre.

39. Abt. 10 Uhr vormittags bei Schmidt, Mielestr. 17, Funktionärsitzung.

43. Abt. 9½ Uhr vormittags bei Giebel, Pankstr. 82, Sitzung der Funktionäre und Wahlhelfer.

46. Abt. 10 Uhr vormittags Zahltag in den bekannten Lokalen.

198. Abt. (Gesundbrunnen). 9 Uhr vormittags vom Lokal Boede, Köpenicker Straße 12, Handzettelverbreitung.

Jungsozialistische Gemeinschaft. Gruppe Süden. Sonntag 7 Uhr morgens, Treffpunkt zur Wandervogelwanderung am Potsdamer Bahnhof. Fahrkartenschalter Zossen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 29.

Sonnabend, den 12. Februar:

Mädchenkonferenz. ½7 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof, linker Aufg. part. Vortrag: „Sexuelle Hygiene", Referentin Fräulein Dr. Käte Frankenthal.

Wanderleiterkursus. 7 Uhr, im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, links 3 Tr. Vortrag: „Land und Leute", Referent Genosse Münkle.

Sonntag, den 13. Februar, vormittags:

Für die Wanderleiter Besuch des Märkischen Museums unter Leitung des Genossen Pünkle. Alles Führer am Sonnabend im Zentraljugendheim.

Osten (Petersburger Viertel): Jugendheim, Schule Straßmannstr. 4. Besuch des Museums für Meereskunde. Treffpunkt: ½10 Uhr Küstriner Platz (Normaluhr). — **Südost (Reichenberger Viertel):** Jugendheim, Schule Glogauer Straße 12/16. Wanderung: Potsdam—Caputh. Treffpunkt: ½7 Uhr Görlitzer Bahnhof (Unfallstation).

Sonntag, den 13. Februar, nachmittags:

Rauldorf: Jugendheim, Schule Adolfstraße. Zweite Gründungsfeier im „Berggarten", Frankfurter Str. 33, 6 Uhr. Eintrittskarten zu 2 M. an der Kasse. — **Lichtenberg:** Jugendheim, Parkaue 10. 2. Stiftungsfest im Heim. Anfang 6 Uhr, Unkostenbeitrag 1 M. Arbeitereltern und Parteigenossen sind herzlichst eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Groß-Berlin. E. V. Sitzung haben Montag, den 14. Februar: Abt. Köpenick, Mitgliederversammlung bei Schipnekohl, Schoenerlinder Str. 6, abends 7 Uhr. Materialausgabe am Montag, den 14. Februar, in der Schule Innenstr. 2. Lehrabende finden statt: Am Montag, den 14. Februar, Abt. Charlottenburg, Leibniz-Oberrealschule. Donnerstag, den 17. Februar, Abt. Schöneberg, 8. Gemeindeschule, Rubensstraße; Abt. Tiergarten; Abt. Wedding (Prenzlauer Tor), Schule Bernauer Straße; Abt. Weißensee, Realgymnasium, Woelckpromenade. Freitag, den 18. Februar, haben Lehrabend: Abt. Adlershof, Gemeindeschule Bismarckstraße; Köpenick, Dorotheenschule. Beginn der Lehrabende 7 Uhr abends. — **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Paul Nogal: „Alte und neue Zeit". Harmonium: Aus „Hoffmanns Erzählungen". (Offenbach.) Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück in Leipzig.

Der nachmittags von Dresden in Leipzig ankommende Personenzug 472 fuhr gestern aus noch unaufgeklärter Ursache auf dem am Ende des Einfahrtsgleises befindlichen Bremsschlitten mit solcher Gewalt auf, daß die beiden Zuglokomotiven entgleisten und zwei Wagen 4. Klasse ineinandergeschoben wurden. Nach den bisherigen Feststellungen wurden drei Reisende getötet und etwa fünfzig bis sechzig verletzt. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollem Gange.

Im Wirtschaftsrat der Stadtverwaltung Oberhausen wurden Unregelmäßigkeiten größeren Umfanges aufgedeckt. Es handelt sich um betrügerische Verschiebungen namentlich von Fettwaren im Werte von über fünfzigtausend Mark. Eine Reihe von Angestellten des Wirtschaftsamtes sind bereits verhaftet oder entlassen worden.

Die Stadt der Mörder. Im neuesten Heft des von Dr. Heindl herausgegebenen „Archivs für Kriminologie" sind interessante Angaben über die Kriminalität Amerikas enthalten. Hiernach sind im Jahre 1920 in den Vereinigten Staaten 50 Lynchmorde zur Anzeige gelangt. Die Zahl der Mordverbrechen überhaupt ist enorm. Eine Rekordziffer liefert Chicago. Die Gesamtzahl der Morde in dieser einzigen Stadt während der Jahre 1914 bis 1918 ist erheblich größer als die Summe der Morde in ganz England und Wales während desselben Zeitraums. Die genauen Zahlen für die fünf Jahre sind: England 420 Morde, London 88 Morde, Chicago 435 Morde. Wenn man Mord- und Totschlagverbrechen zusammen betrachtet, ergeben sich für die Jahre 1914 bis 1918 folgende Zahlen: England (40 Millionen Einwohner): 976, London (7¾ Millionen Einwohner): 198, New York (5¾ Millionen Einwohner): 1121, Chicago (2½ Millionen Einwohner): 1144.

Sport.

Freier Wanderbund. Sonntag: Bundestag in Frankfurt a. d. O. Genossen, welche daran teilnehmen wollen, fahren Sonntag früh 4 Uhr Schles. Bhf. — Wanderung: Eutner, Kolkfee, Strausberg. Abf. 7.38 Schles. Bhf. — Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Köpenick. Sonntag: Besuch des Aquariums. Treffpunkt: Bhf. Spindlersfeld 2.16 Uhr. — Untergruppe Ostbahnhofe. Sonntag: Motortour Potsdam, Grubs, Wildpark. Abf. Schles. Bhf. 8.35 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Hanz, Niesky. Wir warnen Unbemittelte dringend vor jeder Auswanderung, auch nach Südamerika.

Die Schuld am Bürgerkrieg.

Bericht des Untersuchungsausschusses.

Am 8. Februar hat der Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung seinen nunmehr fertiggestellten Bericht festgesetzt, und in der kommenden Woche wird er der Oeffentlichkeit vorliegen. Der Untersuchungsausschuß war im März 1919 auf Antrag der Unabhängigen eingesetzt worden, um Ursachen und Verlauf der Unruhen in Berlin und anderen Orten Preußens festzustellen. Er hat Berichte veröffentlicht über die Unruhen im Ruhrrevier und in Mitteldeutschland, selbst aber eine eingehende Untersuchung mit Zeugenverhör und Urkundensammlung nur für die Berliner Januar-Unruhen 1919 vorgenommen. Unzweifelhaft war auch dieser Gegenstand der wichtigste; denn die Berliner Unruhen jener Zeit waren das Signal zum Kampfe in ganz Deutschland.

Die Unabhängigen hatten sich frühzeitig aus dem Ausschuß zurückgezogen. Dadurch wurde aber nicht verhindert, daß Ursache und Verlauf der Unruhen restlos aufgeklärt wurden. 400 Seiten protokollierter Zeugenaussagen, über 100 Seiten Dokumente und 50 Seiten eines zusammenfassenden Berichts geben ein klares Bild davon, warum es nach der Revolution zum Kampf und Blutvergießen unter den Arbeitern hat kommen müssen. Die Feststellungen gehen davon aus, daß

bereits am 10. November

die „Rote Fahne" ihre Anhänger aufgefordert hat, die Waffen zu behalten und die „Scheidemänner" mit Gewalt aus der Regierung zu entfernen. Wenige Tage später hat die Moskauer Sowjetregierung die gleiche Taktik in einem Funkspruch nach Berlin befohlen: es solle alles daran gesetzt werden, durch Gewalt eine Rätereglerung mit Liebknecht an der Spitze einzusetzen. Auf diese prinzipielle Einstellung des Spartakusbundes und des linken Flügels der Unabhängigen führt der Bürgerkrieg und alles Blutvergießen zurück. Nach kleineren Zusammenstößen ereignete sich das erste größere

Blutbad am 6. Dezember

durch einen Zusammenstoß zwischen einer Regierungstruppe, den Maikäfern, und einer Demonstration der Deserteure unter Leitung der Spartakisten. An dem gleichen Tage hatte eine Soldatenkundgebung stattgefunden, welche die Herrschaft des Vollzugsrats beseitigen und Ebert zum Präsidenten ausrufen wollte. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß das Urteil der „Freiheit", die Regierung habe von dieser Kundgebung nichts gewußt, die Kommandantur und die Regierungsanhänger hätten sich davon ferngehalten und alles getan, um diesen Putschversuch im kleinsten Maßstabe schleunigst zu beenden, zutreffend war. Einer der Führer dieses Soldatenputsches war übrigens der Kommandeur der Franzer, Spiro, der nachher in der linksradikalen Bewegung eine gewisse Rolle gespielt hat. Die Alarmierung der Maikäfer war auf Veranlassung des zweiten Vorsitzenden des Soldatenrates, Krepschmar, durch den Soldatenrat beim Generalkommando Krebs erfolgt; die Kommandantur, insbesondere der Stadtkommandant Weis, war an dem ganzen Vorgang vollständig unbeteiligt. Die demonstrierenden Deserteure griffen das Absperrungskommando der Maikäfer an; als aus den Reihen der Demonstranten zwei Revolverschüsse fielen, setzte der Maschinengewehrschütze Soldat Rosin seine Waffe in Tätigkeit, ohne ein Kommando abzuwarten. An diesen Zusammenstoß knüpfte sich ein geradezu wahnsinniger

Verleumdungs- und Schimpfseldzug

der Linksradikalen gegen Weis an; es hat auch nicht der geringste Anhaltspunkt dafür ermittelt werden können, daß diesen Angriffen tragende Tatsache zugrunde gelegen hätte. Der nächste blutige Zusammenstoß erfolgte zwischen Regierungstruppen und der

Volksmarinedivision am 24. Dezember.

Auf Antrag des unabhängigen Finanzministers Hugo Simon hatten die sechs Volksbeauftragten beschlossen, die Kommandantur anzuweisen, den Matrosen die am 23. Dezember fällige Löhnung nur dann auszuzahlen, wenn vorher das Schloß geräumt wäre. Die Kommandantur stellte für das Bureau der Volksmarinedivision andere Räume an der Steckbahn 1 zur Verfügung; da diese den Matrosen nicht gefielen, wurden weitere Räume in der Französischen Straße 32 freigemacht und Tische, Stühle und anderes Bureaugerät zur Verfügung gestellt. Die 80 000 Mark Löhnung wurden seit dem 22. Dezember den ganzen Tag über zur Verfügung der Matrosen gehalten. Der Matrosenkommandant Radtke und die anderen Führer der Truppe haben sich eifrig bemüht, den Umzug zu bewerkstelligen. Vereitelt wurde eine friedliche Lösung ausschließlich durch den früheren Leutnant Dorrenbach, der entscheidenden Einfluß auf die Matrosen hatte. Dorrenbach zeigte den Matrosen einen angeblich von Simon und Südekum unterschriebenen Vertrag vor, wonach sie im Schlosse bleiben könnten; die Unterschriften unter diesem Vertragsentwurf waren

von Dorrenbach gefälscht.

Bereits am 12. Dezember hat Dorrenbach die Leitung der Volksmarinedivision darüber unterrichtet, daß die gemeinsame Regierung der unabhängigen und mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten bald auseinandergehen werde und hat sie vor die Frage gestellt, ob sie dann zu den Sozialdemokraten oder zu den Unabhängigen halten wollten. Die Leitung beschloß einstimmig, in diesem Falle mit Waffengewalt gegen die Mehrheitssozialisten zu stehen, und Dorrenbach veranlaßte jeden einzelnen Kompanieführer, in diesem Sinne einen Verpflichtungsschein zu unterschreiben. Ueber den Kopf des Matrosen Junge hinweg, der die Wache in der Reichskanzlei befehligte, hat dann Dorrenbach persönlich am 23. Dezember

die Volksbeauftragten festgesetzt

und ihnen den Telephonverkehr gesperrt. Auf diese Weise wurde eine friedliche Lösung, die noch immer möglich gewesen wäre, vereitelt. Denn ist Dorrenbach mit seinen Matrosen zur Kommandantur gezogen und hat Weis, Fischer und Dr. Bongardt verhaftet. Durch das Eingreifen der Groß-Berliner Soldatenräte wurden Fischer und Bongardt wieder befreit, und die Leitung der Volksmarinedivision hat sich, auch mit Hilfe Ledebours, eifrig bemüht, auch Weis wieder freizubekommen. In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember um 2 Uhr mußte indessen Radtke der Regierung mitteilen, daß er für das Leben von Weis nicht mehr einstehen könne. Die gleiche Meldung hat er persönlich dem neuen Stadtkommandanten Anton Fischer erstattet. Daraufhin hat die Regierung das Kriegsministerium angewiesen,

Weis mit Gewalt zu befreien.

Der Angriff wurde am Morgen des 24. Dezember von dem sogenannten Korps Lequis ausgeführt, das eine Stärke von 800 Mann hatte. Der überstürzte Angriff, von dem nicht einmal die Kommandantur in Kenntnis gesetzt worden war, scheiterte infolge Eingreifens bewaffneter Zivilisten. Aber wenigstens die Befreiung von Weis war gelungen; er war mißhandelt und mit dem Tode bedroht worden bis zu dem Augenblick, wo die Artilleriebeschießung des Marstalls begann. Die unabhängigen Volksbeauftragten schieden infolge dieses Zwischenfalls aus der Regierung aus. Es muß jedoch bemerkt werden, daß schon vor diesen Kämpfen der Spartakusbund und

die revolutionären Obleute der U.S.P.

ein Ultimatum gestellt hatten, aus der Regierung auszutreten; auch hatte die Berliner Organisation der U.S.P. in Aussicht genommen, kein Mitglied der Partei als Kandidaten zur Nationalversammlung aufzustellen, welches der Regierung angehört hatte. Am 4. Januar setzte die preußische Regierung auf Antrag des Zentralrats den Polizeipräsidenten Emil Eichhorn ab. Die insbesondere von Geh. Dr. Done gegen Eichhorn persönlich erhobenden Vorwürfe hat sich der Untersuchungsausschuß nicht zu eigen machen können. Obwohl es richtig ist, daß Eichhorn einige tausend Mark nicht zurückgezahlt hat, die er in seiner amtlichen Eigenschaft erhalten hatte, hat der Untersuchungsausschuß hierbei wie bei anderen finanziellen Unregelmäßigkeiten keine Absicht rechtswidriger Aneignung feststellen können. Auch für zahllose

Ausschreitungen der Sicherheitswehr

und der von Eichhorn in das Polizeipräsidium berufenen Beiräte ist ihm eine persönliche Verantwortlichkeit nicht auferlegt worden. Hingegen steht fest, daß Eichhorn seit Anfang Dezember eine eigene, planmäßig gegen die Regierung gerichtete Politik getrieben hat. So hat er insbesondere Waffen in großem Umfange angeschafft, auch Infanteriegewehre, an denen ohnedies im Polizeipräsidium Ueberfluß war; er hat diese Waffenquittungsscheine selbst unterschrieben und nicht durch den Leiter der Waffenkontrolle Wortlitzer geben lassen. Die so beschafften Waffen sind in ein besonderes Geheimlager in den Zellen 23 und 24 der Hausvogtei geschafft worden. Ebenso haben zahllose Zeugen übereinstimmend bekundet, daß nicht nur am 24. Dezember linksradikale Arbeiter in großer Zahl im Polizeipräsidium

zum Kampf gegen die Regierung bewaffnet

worden sind, sondern daß Eichhorn dies auch unbedingt selbst gesehen haben muß. Die an den „Vorwärts" gesandten Berichtigungen, in denen die Bewaffnung bestritten wurde, sind bewußt unwahr gewesen. Endlich hat Eichhorn selbst zugegeben, daß er den am 24. Dezember gefangengenommenen Offizieren das ehrenwörtliche Versprechen abgenommen habe, nicht weiter „für die andere Seite", das heißt also für die Regierung zu kämpfen. Nach der Absetzung Eichhorns traten die revolutionären Obleute zusammen und beschlossen gewaltsamen Widerstand. Die Minderheit gegen diesen Beschluß, zu der Däumig und Richard Müller gehörten, war verschwindend gering. Am 5. Januar fanden die großen Demonstrationen statt, die zur

Besetzung der Zeitungsgebäude

führten. Danach ist von der Berliner Organisation der U.S.P. und den revolutionären Obleuten sowie dem Spartakusbund ausdrücklich beschlossen worden, zur Offensive überzugehen und die Regierung mit Gewalt zu stürzen. Liebknecht, Ledebour und Paul Scholze wurden mit der vorläufigen Leitung der neuen Regierung betraut. Die Aufständischen waren sich darüber klar, daß ihr Plan nicht ohne Blutvergießen durchzuführen sein werde. Auf einen derartigen Vorhalt des Stadtkommandanten Fischer hat Liebknecht erwidert, jetzt dürften nicht Sentimentalitäten entscheiden, sondern nur die politischen Tatsachen. Dorrenbach hat bereits am 3. Januar seinen Freunden in der Volksmarinedivision mitgeteilt, daß

binnen 3 Tagen Ebert-Scheidemann erledigt

sein werden. Die Einigungsverhandlungen, die während der Woche vom 5. bis zum 12. Januar geführt worden sind, sind ausschließlich daran gescheitert, daß die Aufständischen die Räumung der besetzten Zeitungsgebäude verweigerten und ihren Plan auf Sturz der Regierung weiter verfolgten. Daß die Regierung in ihren politischen Entschließungen durch Offiziere oder Reaktionäre beeinflußt worden wäre, hat sich als gänzlich unwahr herausgestellt. Das Hauptverdienst an der Niederwerfung des Aufstandes haben Anton Fischer und der Kommandant der Maikäfer, Feldwebelleutnant Schulze, gehabt; daneben ein kombiniertes Regiment Potsdam, die einzige am Kampf beteiligte Truppe, in der Offiziere der alten Zeit tätig waren, und das Regiment Reinhardt, das Wachtdienst versah. Auch die Regimenter Reichstag und Liebe haben zur Niederkämpfung des Aufstandes beigetragen, aber auch mancherlei Ausschreitungen begangen.

Das politische Ergebnis der Arbeiten des Untersuchungsausschusses ist klar: Die Spartakisten haben planmäßig auf den Bürgerkrieg hingearbeitet und ihn herbeigeführt und dazu jedes Mittel in Anwendung gebracht. Die Unabhängigen haben eine Doppelrolle gespielt, indem ihre Berliner Organisation den Putsch mitmachte, während die Zentralleitung durch Vermittlung den Kampf zu vermeiden suchte, aber gegenüber den revolutionären Obleuten und den Bestrebungen der Betriebe einflußlos blieb. An der Ueberfülle der für diesen Tatbestand herbeigeschafften Zeugnisse muß in Zukunft jeder Verdunkelungsversuch scheitern.

Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung gescheitert?

WTB. verbreitet folgende Meldung:

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wird dort zurzeit der Entwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung vorbereitet. Bekanntlich hatte die Reichsregierung im vorigen Jahre dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Die ungünstige Entwicklung, die der Arbeitsmarkt seit dem Sommer vorigen Jahres genommen hat, hat dann aber Anlaß dazu gegeben, diesen Entwurf zunächst zurückzustellen, weil die streng versicherungsmäßigen Grundsätze, nach denen der Entwurf aufgestellt war, mit dem unberechenbaren Risiko der Arbeitslosigkeit und mit der Art ihrer örtlichen Verteilung bis auf weiteres nicht vereinbar erschienen. Der Reichsarbeitsminister hat sich dann von der Reichsregierung ermächtigen lassen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der den ganz ungewissen Bedingungen der Uebergangszeit gemäß nur eine vorläufige Regelung bringen soll. Der Entwurf wird von den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung alles das zu vermeiden suchen, was sich mit diesen besonderen Bedingungen verträgt, und wird insbesondere die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tätiger Mitverantwortung heranzuziehen suchen. In seinem organisatorischen Aufbau wird er sich eng an den Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes anschließen. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März d. J. mit den Reichsressorts, den Ländern und Interessenten erörtert werden kann.

Es wird abzuwarten sein, was unter diesen Umständen von den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung noch übrig bleibt.

Aus der Partei.

Die Ungarische Sozialdemokratische Partei hält am 14. und 15. März in Budapest einen Parteitag ab, auf dem wichtige Beschlüsse über die weitere Haltung der Partei gefaßt werden sollen. Nach 18 Monaten brutalster Unterdrückung sind unsere ungarischen Genossen heute wieder in der Lage, aktiv am politischen Leben teilzunehmen. So haben Anfang dieses Monats nach langer Zeit wieder die ersten Lohnkämpfe eingesetzt, und zwar in der Metallindustrie sowie in einigen Munitionsfabriken. Die Zeitungssetzer erzwangen durch einen allgemeinen Streik die Aufhebung einer gewerkschaftsfeindlichen Maßregel und die sofortige Freilassung von vier inhaftierten Parteifunktionären. Anläßlich dieser Kraftproben zeigte sich auch, daß die Bemühungen der Horthy-Regierung, die Arbeiter in die staatlicherseits unterstützten christlichsozialen Gewerkschaften zu locken, erfolglos geblieben sind. Das Gros der ungarischen Arbeiterschaft steht treu zur Sozialdemokratie. Der Parteitag wird nun berufen sein, die Richtlinien für die in nächster Zeit einzuschlagende Taktik festzustellen. Die Ungarische Sozialdemokratische Partei steht, **wie noch betont sei, auf dem Boden der 3. Internationale.**

Die Schulgeldfrage.

Von Dr. Erich Witte.

Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der das Schulgeld für Vollanstalten und Lyzeen auf 500 M., für Realschulen und Mittelschulen auf 300 M. festgesetzt werden soll. Dies ist gegen das Jahr 1919, wo es sich für Vollanstalten und Lyzeen auf 140 M. belief, eine Erhöhung um 355 Proz., für Realschulen, für die es damals 80 M. betrug, eine solche um 375 Prozent.

Diese geplante Erhöhung ist zwar geringer als die Steigerung der Preise für die meisten Gegenstände, aber sie ist sehr bedauerlich, weil das Schulgeld eine Steuer ist, die einzig und allein den Familienvätern auferlegt wird und welche um so höher ist, je größer die Zahl der Kinder ist. Man bedenke, was es allein kostet, ein einziges Kind einzukleiden: Die Stiefel, die Hüte, die Wäsche, die Stoffe, alles dies ist um mehr als das Zehnfache im Preise gestiegen. Erwachsene haben vielfach noch Anzüge oder Kleider aus der Zeit vor dem Kriege. Nicht aber ist dies bei Kindern der Fall, die inzwischen aus denselben längst herausgewachsen sind. Dabei verdienen die öffentlichen Beamten, die Staats- und Gemeindearbeiter, wenn sie Familienväter sind, nur wenig mehr als die Unverheirateten und Kinderlosen. Den anderen Arbeitern, den Privatbeamten, den Kaufleuten wird dasselbe gezahlt, ganz gleich, ob sie keine oder ein halbes Dutzend Kinder haben.

Um die Erhöhung des Schulgeldes zu rechtfertigen, sagt man immer, für arme, begabte Schüler ständen Freistellen zur Verfügung. In Berlin ist z. B. in der letzten Zeit die Beschränkung derselben auf einen bestimmten Prozentsatz der Gesamtzahl in Wegfall gekommen. So viel Gutes aber auch die Freistellen bewirkt haben, so haben sie doch auch manches Bedenkliche. Denn ein Freischüler wird den Kindern wohlhabender Eltern gegenüber benachteiligt, da die Freischule ihm meist entzogen wird, sobald er in seinem Fleiß oder in seinen Leistungen nachläßt, oft auch dann, sobald er sich schlecht beträgt. Dies hat für ihn aber oft die Folge, daß er von der Schule heruntergenommen wird, da die Eltern nicht in der Lage sind, das Schulgeld aufzubringen. Ein Schüler, dessen Vater wohlhabend ist, braucht aber in den preußischen höheren Schulen nach der Dienstordnung erst dann die Schule zu verlassen, wenn er zwei Jahre in derselben Klasse bleibt, ohne das Ziel derselben zu erreichen, und nach dem einstimmigen Beschluß der ihn unterrichtenden Lehrer sein weiteres Verbleiben in der Klasse zwecklos ist.

Daher ist in dem Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung der Antrag gestellt worden, die an staatlichen Schulen bereits erfolgte Erhöhung des Schulgeldes auf 500 M. rückgängig zu machen und soweit zurzeit die Unentgeltlichkeit des Unterrichts nicht durchführbar ist, die Höhe des Schulgeldes nur nach der Zustimmung des Landtags festzusetzen und das Schulgeld nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern, also besonders unter Berücksichtigung der Kinderzahl abzustufen.

Eine solche Staffelung ist im Winter 1919/20 in der Berliner Deputation für die äußeren Angelegenheiten der höheren Schulen von dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl angeregt worden. Der Stadtschulrat Dr. Reimann arbeitete darauf eine Tabelle aus, nach der das Schulgeld zwischen 100 M. bei einem Einkommen von 6000—7000 M. und 800 Mark bei einem solchen von mehr als 30 000 M. schwanken sollte. Eine Kommission, in die ich auch gewählt wurde, setzte die obere Grenze sogar auf 2500 M. fest, ein Betrag, der bei einem Einkommen von mehr als 150 000 M. bezahlt werden sollte. Die Sätze sollten für das erste Kind gelten, für das zweite und jedes folgende sollten sie ermäßigt werden. Eine Erhöhung auf 2500 M. ist allerdings bedenklich, wie ich nachher auseinandersetzen werde. Die Vorschläge wurden in einer Sitzung den Vertretern der Vorortsgemeinden unterbreitet. Während diese eine Staffelung beim ersten Male einstimmig abgelehnt hatten, sprachen sich nun bereits 11 von 25 für eine solche aus. Dies beweist, daß der Vorschlag nicht schlecht ist. In der Deputation sagten wir uns aber, daß die Einführung der Abstufung erst möglich sei, wenn Groß-Berlin geschaffen sei. Denn würde man nur in Klein-Berlin und in einigen Vororten das Schulgeld in dieser Weise staffeln, so würden die reichen Leute ihre Kinder in Berlin aus der Schule herausnehmen und sie die Schule in einem Vorort besuchen lassen, in dem das Schulgeld nicht nach dem Einkommen abgestuft ist.

In meiner in diesen Tagen erschienenen Schrift „Kommunale Schulpolitik" (Verlag von F. A. Perthes, Gotha), habe ich die Frage der Abstufung des Schulgeldes nach dem Einkommen behandelt und meine Ausführungen in die folgenden Leitsätze zusammengefaßt: 1. „Der höchste Schulgeldsatz darf eine bestimmte Höhe nicht überschreiten, am besten nicht 1000 M., da sonst wohlhabende Eltern ihren Kindern Privatunterricht geben lassen würden". Es würde sich dann vielleicht ein Privatschulzirkel der Millionärskinder bilden. Gesetzlich kann niemand sie daran verhindern. In Hamburg, wo die Abstufung bereits am 1. Oktober 1920 eingeführt worden ist, beträgt der höchste Schulgeldsatz ebenfalls 1000 M. Eine Ermäßigung tritt in den folgenden Fällen ein:

Steuerbare Einkünfte		Schulgeld für das 1.	2.	3. Kind
40 001—45 000	. . .	1000	1000	1000
35 001—40 000	. . .	1000	700	300
30 001—35 000	. . .	1000	400	100
25 001—30 000	. . .	700	200	100
20 001—25 000	. . .	400	100	—
15 001—20 000	. . .	100	—	—

Das 4. und folgende Kinder sind schulgeldfrei. Bei einem steuerbaren Einkommen unter 15 000 M. sind alle Kinder schulgeldfrei. Für Familien mit mehr als 4 Personen erhöht sich die Einkommengrenze für die Ermäßigung sowie die Grenze des schulgeldfreien Einkommens für die 5. und jede folgende Person um je 3000 M.

2. „Die Schulgeldsätze müssen in den Orten, wo staatliche Schulen und Gemeindeschulen sind, möglichst dieselben sein, da sonst eine Sonderung der Kinder nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern eintreten würde." Daher würde es sich empfehlen, daß in den staatlichen höheren Schulen der neuen Stadtgemeinde Berlin dieselbe Abstufung vorgenommen und der Staat dazu durch den Landtag gezwungen werden würde. Sollte dies aber nicht zu erreichen sein, so liegt für die Berliner Gemeindekörperschaften noch kein Grund vor auf eine solche Staffelung zu verzichten. Denn die Zahl der staatlichen Schulen ist hier gering. Den 100 städtischen höheren Knabenschulen stehen nur 8 staatliche gegenüber. Glaubt jemand, daß z. B. ein reicher Mann aus dem Grunewald seinen Sohn in eine staatliche Schule schicken und ihn eine lange Fahrt mit der elektrischen Bahn machen lassen wird, um nicht 1000 M., sondern 500 M. zu zahlen? Es ist hierbei zu beachten, daß ein Teil dieser Summe schon durch Fahrgeld ausgegeben werden würde. Staatliche höhere Mädchenschulen gibt es in der neuen Stadtgemeinde Berlin sogar nur zwei. Ich habe in diesem Leitsatze hauptsächlich an den Fall gedacht, wo in einem Orte städtische und staatliche Schulen etwa in gleicher Zahl vorhanden sind. Dann wäre allerdings die Beschränkung der Staffelung auf die städtischen Schulen ebenso unmöglich, wie sie es früher war, als es noch kein Groß-Berlin gab.

3. „Eine unterschiedliche Behandlung der Vollanstalten und der Realschulen findet nicht statt." Dies war bisher deswegen notwendig, weil die Schüler der Realschulen meist aus ärmeren Familien stammten. Berücksichtigt ist dieser Umstand nun aber schon in der Staffelung selbst.

4. „Das Schulgeld wird nicht durch die Schule, sondern durch die Steuerbehörde erhoben, da die Lehrer nicht über das Einkommen der Eltern ihrer Zöglinge unterrichtet zu werden brauchen." Eine solche Einziehung des Schulgeldes ist in vielen Orten schon jetzt üblich.

Mit der Einführung dieser Abstufung würden die Freistellen ganz in Wegfall kommen können oder nur in Ausnahmefällen gewährt zu werden brauchen. Denn Eltern, deren Einkommen nicht einen bestimmten Betrag erreicht, bezahlen ja nach den Vorschlägen niemals Schulgeld.

Wenn aber auch die Abstufung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder dem festen Satze vorzuziehen ist, so ist doch noch besser die Erhebung einer Schulsteuer, wie sie in einigen Staaten Nordamerikas eingeführt ist. Diese trifft nicht nur diejenigen, die Kinder haben, sondern auch die kinderlosen Ehepaare und Junggesellen. Ihr kann sich niemand durch Privateinschulung entziehen. Ferner ist sie nach oben hin nicht an bestimmte Grenzen gebunden wie die Abstufung. Für eine solche Schulsteuer ist Professor Oestreich aus Berlin-Schöneberg mehrfach eingetreten. In der „Kommunalen Praxis" (Nr. vom 18. Dezember 1920) macht er z. B. den folgenden Vorschlag: „10 000 Mark Existenzminimum, 3000 M. mehr für jedes weiter zu unterhaltende, nicht erwerbsfähige Familienmitglied. Von dem das Mindesteinkommen übersteigenden Einkommenbetrage wären bis zu 30 000 M. ¼ Proz., bis zu 50 000 M. ¾ Proz., bis zu 100 000 M. 1 Proz., bis zu 200 000 M. 1½ Proz., bis zu 500 000 M. 2 Proz., bis zu 1 000 000 M. 2½ Proz., bis zu 2 000 000 M. 3 Proz., darüber 4 Proz. Schulsteuer zu erheben."

Ebenso ist der Verein der Oberlehrer an den höheren Staatsschulen Hamburgs für eine solche Schulsteuer in einem Schreiben an die Oberschulbehörde eingetreten. Es heißt darin: „Sollten einer solchen Steuer Schwierigkeiten steuertechnischer Art vom Reich aus im Wege stehen, so bittet der Oberlehrerverein die Oberschulbehörde und den Senat, unverzüglich Verhandlungen mit dem Reich darüber anzuknüpfen, in welcher Weise es sich ermöglichen läßt, die Schullasten auf alle Schultern zu verteilen und nicht nur auf diejenigen abzuwälzen, die ihre Kinder in die höhere Schule senden."

Die Erhebung einer Schulsteuer ist allerdings fast dasselbe wie die durch eine Einführung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts bedingte Erhöhung der Einkommensteuer; und ich muß diese Lösung, wenn sie auch augenblicklich keine Aussicht auf Verwirklichung bietet, aus den schon angegebenen Gründen für die beste halten, da eben das Schulgeld eine Steuer für Familienväter ist. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist immer von der Sozialdemokratie gefordert worden, solange sie besteht.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

S.P.D.
Massenversammlungen
am Sonntag, den 13. Februar 1921.

Tagesordnung:

Der 20. Februar 1921, des Volkes Schicksalsstunde!

Im Kreise Niederbarnim:

Bernau, im „Elysium"	nachmittags	1½ Uhr
Börnicke, Gastwirt Ohdorff	nachmittags	5 Uhr
Bergfelde, Rest. „Zur Treue", Hohenneuendorfer Str.	nachmittags	4 Uhr
Birkenwerder, Gesellschaftshaus, Hauptstraße	abends	7½ Uhr
Borgsdorf, Julian Bartel, Bahnhofstraße	nachmittags	3 Uhr
Blumberg, Lokal von Grunow	nachmittags	2½ Uhr
Eggersdorf, Restaurant „Reimbacher"	nachmittags	4 Uhr
Erkner, Brobts Gesellschaftshaus	nachmittags	1½ Uhr
Fichtenau, Kurpark-Restaurant	nachmittags	6 Uhr
Fredersdorf, Lokal Ziebell	nachmittags	5 Uhr
Friedrichsthal, Lokal „Zum Fichtenhain"	nachmittags	5 Uhr
Hermsdorf, Restaurant „Zum Fürsten Bismarck"	nachmittags	6½ Uhr
Glienicke, Restaurant Alfred Beyer	nachmittags	3 Uhr
Hammer, Restaurant Spiegelberg	nachmittags	5 Uhr
Hennickendorf, Eckhard Kuhen, Ecke Friedrichstraße	nachmittags	3 Uhr
Hohenneuendorf, Restaurant „Zur Klause"	nachmittags	3 Uhr
Krummensee, Restaurant Franz Biesholz	nachmittags	4 Uhr
Löhme-Seefeld, Restaurant Ernst Gottschow in Löhme	nachmittags	4 Uhr
Kaffenheide, Restaurant Adolf Schulz	nachmittags	2 Uhr
Kruenhagen, Lokal von Heckmann	nachmittags	3 Uhr
Dreuben, Lokal von Völker	nachmittags	3½ Uhr
Rosenthal, Lokal von Marg, Bärwolfstraße	nachmittags	2 Uhr
Schönow, Lokal Fritz Ohdorff, Dorfstraße	nachmittags	2½ Uhr
Stolpe, Lokal Bergemann	abends	7 Uhr
Wandlitz, Lokal Paul Hube	nachmittags	3 Uhr
Werlsee, Lokal „Werlsee" in Fangschleuse, Inh. Karl Glose	nachmittags	4 Uhr
Schildow, Lokal von Wegener	abends	7 Uhr
Zühlsdorf, Lokal „Zum Hirtenhof"	nachmittags	3½ Uhr

Im Kreise Teltow:

Ahrensdorf, Lokal von Hermann Lehmann	nachmittags	3 Uhr
Dahlewitz, Lokal Wwe. Schmidt	nachmittags	3 Uhr
Diedersdorf, Lokal W. Krüger	nachmittags	3 Uhr
Eichwalde, Lokal Gnauert, Bahnhofstraße	nachmittags	2½ Uhr
Gallun, Lokal Karl Schmidt	nachmittags	3 Uhr
Genshagen, Lokal Steyer	nachmittags	3 Uhr
Gräbendorf, Lokal Wiemann	nachmittags	3 Uhr
Groß-Machnow, Lokal Müller	nachmittags	3 Uhr
Groß-Ziethen, Lokal Hennig	nachmittags	3 Uhr
Gütergotz, Lokal Strainski	nachmittags	4 Uhr
Halbe, Lokal Karl Schulze	nachmittags	3 Uhr
Kallinchen, Lokal von Hartwig	nachmittags	4 Uhr
Kliestow, Lokal Bielefeld	abends	7½ Uhr
Mahlow, Lokal von Langner (im Dorf)	nachmittags	3 Uhr
Mellen, Lokal Damster	nachmittags	3 Uhr
Rangsdorf, Lokal von Fichelch	nachmittags	3 Uhr
Sperenberg, Lokal wird am Orte bekanntgegeben	nachmittags	3 Uhr
Spuitendorf, Lokal von Schulze	nachmittags	6 Uhr
Schenkendorf bei Groß-Beeren, Lokal von Strubeck	nachmittags	1 Uhr
Stahnsdorf, Grothes Gasthaus	abends	7½ Uhr
Töpchin, Gasthaus „Zum Deutschen Hause"	nachmittags	4 Uhr
Teschbin, „Altes Schützenhaus"	nachmittags	3 Uhr
Thyrow, Lokal Hennicke	nachmittags	3 Uhr
Zossen, „Gewerkschaftshaus"	nachmittags	2 Uhr

Im Kreise Beeskow:

Friedersdorf, Lokal „Zum deutschen Hause"	nachmittags	3 Uhr
Kiefersdorf, Lokal Mähnke	nachmittags	1 Uhr
Glienicke, Lokal Trautmann	nachmittags	1½ Uhr
Görsdorf, Lokal Fritz Kumick	nachmittags	3 Uhr
Görzig, Lokal Schulze	nachmittags	3 Uhr
Groß-Wasserburg, Lokal Oskar Müller	nachmittags	2 Uhr
Herzberg, Lokal Emil Grauny	nachmittags	1½ Uhr
Reichenwalde, Lokal „Festhalle"	nachmittags	2 Uhr
Kranznick, Lokal Paul Otto	abends	7 Uhr
Langewahl, Lokal A. Steuernagel	nachmittags	5 Uhr
Markgrafpieske, Lokal „Stolzenburg"	nachmittags	2 Uhr
Neubrück, Lokal Krause	nachmittags	1 Uhr
Briesedorf, Lokal „Schweizergarten"	nachmittags	3 Uhr
Prieros, Lokal Wilhelm Roschwitzky	nachmittags	2½ Uhr
Spreenhagen, Lokal A. Engel	nachmittags	2 Uhr
Wernsdorf, Restaurant „Zum Oder-Spree-Kanal"	nachmittags	2½ Uhr

Referenten: Jac. Altmaier, Wilh. Arndt, Ernst Arndt, Erwin Barth, Max Baranowski, Adolf Blum, Clara Bohm-Schuch, Carl Bole, Fritz Brolat, Dr. Cassau, Emil Dittmer, Rud. Dren, Willy Drügemüller, Osk. Ewald, Carl Felgentreu, Robert Fendel, Hermann Frenzel, Gustav Fuß, August Gebert, E. Gottschalk, W. Gräber, Dr. Harald Graser, Hans Grunwald, Franz Gutschmidt, Wilh. Haback, Gertr. Hanna, Arth. Häusler, Gust. Heller, Karl Herhold, Aug. Henn, Martha Hoppe, Marie Juchacz, M. d. R., Luise Kähler, M. d. L., Simon Katzenstein, M. d. R., Max Krewsiger, Franz Krüger, Erich Kuttner, Willy Langner, Emil Lehmann, Fritz Matern, Willy Möbius, Georg Petersdorf, Alfr. Pols, Lehrer Otto Remus, Chr. Ryneck, M. d. R., Heinrich Schäfer, Albara Schöne, Else Schreibenhuber, Franz Spliedt, Herm. Spiekermann, Franz Steinweg, Alfr. Thomas, Minna Todenhagen, Georg Ucks, Ant. Wendler, Gust. Weide, Karl Wermuth, Rud. Wissell, Dr. Walter Zechlin, Arnold Zschert und andere.

Fahr

als Rad- und Kraftfahrer, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben, Continental-Pneumatik. Aus besten Rohstoffen hergestellt, ist er im Gebrauch billig.

Continental Pneumatik

Deutscher Weinbrand — Bingen a/Rh.

Scharlachberg Meisterbrand

Die Marke des verwöhntesten Feinschmeckers

Vertreter für Berlin:
Carl H. Bitzenhofer, Berlin W. 50, Fürther Str. 3. Tel. Uhland 524

Cognacbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen am Rhein

Gute Einsegnungs-Anzüge liefert preiswert

M. SCHULMEISTER

Dresdener Straße 4, Kottbuser Tor :: Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Wir bitten

dringend, zu den Einkäufen möglichst die Vormittagsstunden zu wählen, da bei dem grossen Andrange nachmittags eine sorgfältige Bedienung kaum möglich ist

...aber nur noch 6 Tage

Auf alle schwarzen Lederschuhwaren, auf Lackschuhe u. -stiefel sowie auf Ballschuhe 10%

Auf Einzelpaare und Restbestände (grosse Auswahl) sowie auch auf alle Winterschuhe 20%

Auf zurückgesetzte schwarze und farbige Lederschuhwaren in allen Preislagen 30%

Jeder Stiefel trägt auf der Sohle den von unserer Fabrik fest eingeprägten Original-Preis

Der Rabatt hieraus wird erst an der Kasse bar in Abzug gebracht

Conrad **Tack** & Cie A.G.
Schuhfabriken Burg b. M.

Man achte auf den Vornamen „Conrad"

SW, Friedrichstr. 240/41 · W, Potsdamer Strasse 50 · W, Schillstrasse 16 · NW, Beusselstrasse 29 · NW, Turmstrasse 41 · NW, Wilsnacker Str. 22 · N, Brunnenstrasse 37 · N, Danziger Strasse 1 · N, Friedrichstrasse 130 · N, Müllerstrasse 3 · O, Andreasstrasse 50 · O, Frankfurter Allee 22 · SO, Oranienstrasse 2a · SO, Wrangelstrasse 49 · C, Spittelmarkt 15 · C, Rosenthaler Strasse 14 · Neukölln, Bergstrasse 30/31 · Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 122/23 · Potsdam, Brandenburger Str. 54

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Figaros Hochzeit 6½ Uhr

Schauspielhaus Die Sterne 7 Uhr

Deutsches Theater 7½ Uhr: Cäsar und Kleopatra. Stg. 2½: Einsame Menschen. 8 Uhr: Cäsar und Kleopatra

Kammerspiele 8 Uhr: Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag. Stg. 2½: Frühlings Erwachen. 7½ U.: Der pathetische Hut

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 8 Uhr: Gesellschaftsabend. Die Nacht der Frauen. Stg. 2½: Danton (Auß. Abon.) 8: Die Passion. (Auß. Abon.)

Theater i. d. Königgrätzer Str. Heute und Sonntag ½8 Uhr: Jekaterina Iwanowna. Montag: Der Vater

Komödienhaus 7 Uhr, zum ersten Male: Das weiße Lämmchen mit Max Pallenberg, Leonhard Haskel / Emmy Sturm / Heinz Stieda / Olga Engl / Eva Brock / Fr. Lehndorff. Sonnt. nachm.: Herr Minister

Berliner Theater ½8 Uhr: Die spanische Nachtigall mit Fritzi Massary. Stg. nachm.: Der letzte Walzer

Central-Theater 7½ U.: Die Postmeisterin

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: La Traviata

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Hoheit die Tänzerin

Kl. Schauspielhaus 7½ Uhr: Reigen

Komische Oper 7½ U.: „Baroneßchen"

Lustspielhaus 7¾ Uhr: Arnold Rieck in Die schwebende Jungfrau

Metropol-Theater 7 U.: Hollandweibchen

Neues Operettentheat. 7½ U.: Yu-Shi tanzt

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Nora

Schiller-Theat. Charl. 3 Uhr: Don Carlos. 7½ U.: Helden

Thalia-Theater 7¾ Uhr: Mascottchen

Th. am Nollendorfplatz 3½ Uhr: Die Walküre. 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens 3½ Uhr: Gänseliesel. 7¼ Uhr: Schwalbenhochzeit

Th. i. d. Kommandantenstr. 7½ U.: Der verjüngte Adolar

Walhalla-Theater 7½ U.: Der Geiger von Lugano

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 2½ Uhr: Kabale und Liebe. 7 Uhr: Das Postamt und Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater Heute bis Montag 7½ Uhr: Ein idealer Gatte (Durieux, Götz, Loos)

Deutsches Künstler-Theater 3 Letzte Kinder-Vorstellung: Fitzlifitz. Allabendlich 7½ Uhr: Die Scheidungsreise mit Max Adalbert und Trude Hesterberg

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer. Hansi Arnstädt, Sandrock, Korff, Hasse, Schönemann, Semler. Sonntag 4 Uhr, halbe Preise: Die Freundin

Trianon-Theater Täglich 8 Uhr: Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf. Leopoldine Konstantin, Ika Grüning, Käthe Haack, Luise Werckmeister, Hansi Burg, Herm. Vallentin, Jul. Falkenstein, Adolf Edgar Licho. Sonnt. 4 U.: Kammermusik

Kleines Theater Unter den Linden 44. Täglich ½8 Uhr: Casanovas Sohn. Lustspiel von Rudolf Lothar. Eugen Burg, Mady Christians, Hans Albers, Heinr. Schroth. Morgen u. folg. Tage 8 Uhr: Casanovas Sohn. Stg. 3½: Die Pfarrhauskomödie

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tägl. ½8. Der neue Schlager! Der Großfürst. Ein lustiges Stück aus dem Berliner Leben in 3 Akten. Berliner Humor! Berl. Typen! Sonntag 3½: Eine fidele Ehe.

Folies Caprice Am Oranienburger Tor. Täglich ½8 Uhr: Pfeffer und Salz. Der schlaue Theophil. Der Doppelgänger. Telephon: Norden 8650

Königstadt-Theater Bahnhof Jannowitzbrücke. Tägl. 7.30 Gala-Sänger. Im Ballsaal TANZ

SCALA Lutherstrasse. Tägl. 7.30. Varieté-Bühne

Schall und Rauch im Großen Schauspielhaus. Dir. Hans v. Wolzogen. Telephon: Norden 8643. Konz. 7½ U., Beginn 8½ U. Das große Februar-Programm u. a.: Die Rose von Stambul mit Mizzi Delorm und Arnold Rieck

Apollo-Theater 7½ Direktion: James Klein. 7½. Das große Ausstattungsstück in 4 Bildern

Madame Dubarry's Liebesleben mit der weltberühmten **Saharet** als Gräfin Dubarry.

Ueber 150 Mitwirkende! — Sonntag 3½ das vollst. Stück mit Saharet. — Jeder Erwachsene 1 Kind frei! — Vorv. ab 10 Uhr ununterbroch.

De-Ka Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65 am Rathaus. Intime Musik : : Neu renoviert. Eigene Konditorei

Circus Busch Hans Stosch-Sarrasani. Tägl. 7½, Sonnt. auch 3 Uhr. Sonntag letzt. Aufführung: Gret'ls Traum. Neue Attraktionen. Vorverkauf Circuskasse ab 10 Uhr ununterbrochen und Tietz

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Str. 6. Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr Elite-Sänger. Zum Schluß: Der Kriegsgewinnler. Vorher: „Strand-Idyll" u. der hervorragende Soloteil. Nachmittags halbe Preise! Vorverkauf 11-1½ u. 4-6 an der Theaterkasse u. Leipziger Straße 51 (Spittelkolonnaden)

Wintergarten Reines Varieté-Programm. Rauchen gestattet!

Reichshall.-Theater Abds. 7½ U. u. Sonnt. nachm. 3 Uhr: Stett. Sänger. Nchm. halb. Pr. Varieté Dönhoff-Brettl Anf. 8½

Metropol Varieté-Kabarett. Behrenstraße 54. Allabendlich 7¼ Uhr. D. lustige Spielplan.

Varieté-Café Moritzplatz Oranienstraße 53/54. Täglich 8 Uhr: Elite-Programm

Admiralspalast Dritte und letzte Redoute. Stg. 3½: Die lustige Puppe. 7½ Uhr: Die roten Schuhe

Sorrent Hochbahnhof Schlesisches Tor. Eine tolle Nacht und der große Eröffnungs-Varieté- u. Kabarett-Spielplan. Im ersten Stock: Entzück. Tanz-Diele

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 114. Sonnabend, den 12. Febr.: 1. Großes Kostümfest. Anf. 6 Uhr. Saalöffn. 5 Uhr. 6 Kapellen. 30 bayr. Mad'l. Kostümzwang. Eintr. 15 M.

Oberlandesgerichtsrat außerh. fachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe, Alimenten, Vertrauenssachen, Ermittelungen. Potsdamer Str. 115. Lützow 2494. Direktor Fabisch.

Klein's Tabake befriedigen in Qualität und Preisen. Bezugsquellen durch Kleins Tabakfabriken G. m. b. H. Schifferstadt (Rheinpfalz) 218.

Herren- und Futterstoffe in guten Qualitäten 140—150 cm breit. Sehr preiswert :: Gr. Auswahl. Besondere Gelegenheitskäufe in Resten u. Abschnitten. Kein Mustervers. Verkauf am Lag. Umtausch gestatt. **Jul. Fabian** Gr. Frankfurter Str. 37, II am Strausberger Platz.

Möbel bedeutend billiger auf Bar oder Kredit bei kleinster An- und Abzahlung. Liefere auch nach auswärts. **Möbel-Groß** Große Frankfurter Straße 141. Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße

Brillanten Perlen, Smaragde auch ganze Nachlässe, kauft zum höchsten Kurs **W. Weisager,** Leipziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

Reconvalescenten Blutarme und Kranke trinkt Feuriger Süßwein **Santa Lucia**. Ueberall käuflich. Depot Bergst. 34. Nord. 4938

Augenbrauen schöne, dichte langschattende Wimpern, schnelles Wachstum durch Plantag-Augenbrauensaft M 19.-. Dunkel glänzende Augenbrauen durch „Oriola", echt u. unverwaschbar, farb. in blond, braun u. schw. M. 12.50. Otto Reichel, Berlin 43 SO. Eisenbahnstr. 4.

Möbel zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Bar oder Teilzahlung bei kleinster An- u. Abzahl. Bgl. Wohnungseinrichtg. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. Bunte Küchen. Einzelne Möbel. Liefere auch n. auswärts. Lagerung kostenlos. **Möbel-Cohn** Gr. Frankfurter Str. 58. 5 Min. vom Alexanderplatz. Filiale: Badstr. 47-48. 3 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Einspännerkastenwagen Friedrichsgracht 61.

Bei Husten Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden ist San.-Rat Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** nach Orig.-Vorschrift seit Jahren ärztlich empfohlen u. bewährt. Pakete zu 5.— u. 9.50. Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Straße 74, Dönhoffplatz

Metallankaufsstelle Osten. Grüner Weg 8, zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc. **Zinn u. Blei** sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74. Telephon Moritzplatz 995

Möbel in gediegener Ausführung zu bedeutend ermäßigten Preisen auf Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung. Bürg. Wohnungseinricht. Wohnzimm., Schlafzimm., Speisezimm., Herrenzimm. in großer Auswahl. Einzelne Möbel. Farbige Küchen. Teppiche. **Beiser** Lothringer Str. 67.

!Landparzellen! in schönster Lage Nordens, 5 Minuten von Endstation der Straßenbahn, ⅓ Morgen groß, zur Obstkultur sehr geeignet (sicherste Kapitalanlage), zu verkaufen. 17/18a. Auskunft: Restaurant Horn, Nordend, Blankenfeld. Str. 7 u.

Kupfer, Rotguß, Messing usw. kauft zu den höchsten Tagespreisen Buckower Str. 12, Ecke Dresdener Str.

Raucherdank!! Das sicherst. Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustell. Wirkg. verblüffend. Auskunft umst. Vers. San. Artik. Gg. Englbrecht, München R 6, Kapuzinerstr. 9

Möbel-Angebot. Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Zinsvergütung bei mäßiger Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Off. Postlagerkarte 67, Postamt O 27. Keine Kassierer. Größte Auslanz.

Russische Korrespondenz

Nr. 19/20

Inhalt:

Karl Radek: Das dritte Jahr des Kampfes gegen das Weltkapital. / **Entente und Sowjet-Rußland.** (Auf Grund der Dokumente des Ministeriums des Aeußeren der Regierung in Omsk). / England, Frankreich und die Vereinigten Staaten im Kampfe mit der Sowjetmacht. / **N. Bucharin:** Das Neue in der russischen Revolution. / **E. Preobrashenski:** Die soziale Basis der Oktober-Revolution. / **B. Roustam Bek:** Drei Jahre Rote Armee. / **A. Chrjaschtschjow:** Die Bauernschaft im Kriege und in der Revolution. / **J. Larin:** Drei Jahre Sowjetwirtschaft / **J. Larin:** Die russische Industrie. / **E. Varga:** Ueber die Form der Beziehungen eines proletarischen Staates zu den kapitalistischen Ländern. / **N. Lenin:** Die Aufgaben der politischen Aufklärung. / **M. Wladimirsky:** Die Resultate der Arbeit in der Organisation der örtlichen Organe der Sowjetmacht im Jahre 1920 / **S. Strumilin:** Das Problem einer Steigerung der Arbeitsleistung. / **Prof. W. M. Bechterew:** Persönlichkeit und Arbeit. / **L. Sosnowski:** Der Schöpfergeist Sowjetrußlands / **„Lenins Fahnenjunker."** / **Kurskiy:** Der dritte Jahrestag der proletarischen Revolution und das Recht / **A. Anikst:** Planmäßige Arbeit. / **J. Larin:** Die Aufgaben des vierten Jahres. / **N. Ossinski:** Der planmäßige Anbau und die Normalisierung der Bodenbearbeitung. / **N. Ossinski:** Die Regelung der Landwirtschaft durch den Staat / **N. Bogdanow:** Die wichtigsten Fragen einer Organisation des sozialistischen Ackerbaues. / **A. Swiderski:** Die Hilfsquellen unserer Versorgung / **A. Wyschinski:** Die Zwei Versorgung. / **N. Ossinski:** Auf dem Wege zur Verpflegungsfront. / **W. Nekrassow:** Drei Jahre Revolution und das Verkehrswesen. / **D. Michailow:** Das Verkehrswesen. / **G. Krzizanowski:** Die Elektrifizierung als Voraussetzung einer Verbesserung der Produktion / **Kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Außenhandel im Jahre 1920.** / **P. Schoch:** Probleme der Naphthaversorgung. / **S. Horstein-Drossowskaja:** Die Arbeiterin in der Gewerkschaft während der drei Revolutionsjahre. / **O. Nogin:** Mutter und Säuglingsschutz. / **A. Jelisarow:** Kinderschutz in Sowjetrußland. / **S. Kaplun:** Die Arbeiterin und der Arbeiterschutz. / **Elkin:** Arbeiterinnen an der Kampffront gegen die Unwissenheit. / **H. N. Brailsford:** Eine Fabrik in Sowjetrußland.

132 Seiten · Preis M. 5.—

heftigster Erörterungen bilden. Danach hat Sir Auckland Geddes den Amerikanern folgendes gesagt:

„Die gegenwärtige Situation ist sehr ernst. Ich stelle fest, daß die Londoner und die Engländer im allgemeinen sich keine Rechenschaft darüber ablegen, daß ihre Interessen mit denen der Vereinigten Staaten verbunden sind. Andererseits wissen gewisse Amerikaner nicht, was das England von heute ist. Sie haben immer noch die Vorstellung, es sei das England der Vorkriegszeit. Jedes der beiden Länder macht die Befriedigung der Forderungen des andern unmöglich. Es ist unbegreiflich, daß diese beiden großen Nationen, von denen so ungeheure Interessen abhängen, sich in einen Bruch oder in den Krieg hineinziehen lassen. **Und doch ist dies der Weg, den wir gegenwärtig verfolgen.** Ein englisch-amerikanischer Krieg wäre für die Welt eine Katastrophe allererster Ordnung!"

Der „Temps" fügt hinzu, Staatssekretär Colby habe beim Lesen dieser Erklärungen gesagt: „Das ist phantastisch. Ich kann kaum daran glauben".

London, 11. Februar. (HN.) Das Mißverständnis bezüglich der Erklärung über ein angeblich gespanntes Verhältnis zwischen Amerika und England wird durch eine Mitteilung Geddes' an die englischen und amerikanischen Blätter erläutert. Er teilt darin mit, daß der Redakteur der „United Preß" sich bei ihm über die betreffende Erklärung entschuldigt habe. Der Redakteur habe ihm gesagt, daß seine Nachrichtenagentur in London sehr erstaunt über die entstellten Berichte, die aus New York ankamen, gewesen sei.

Verschärfung der englischen Arbeitslosenkrise

Paris, 11. Februar. (WTB.) „Information" meldet zur Verschärfung der Arbeitslosenkrise in England, daß die Zahl der nicht vollbeschäftigten Arbeiter im Vereinigten Königreiche auf 718 500 Männer, 285 100 Frauen, 48 700 junge Leute und 45 700 junge Mädchen geschätzt werde.

Pascha gegen Sultan.

Konstantinopel, 11 Februar. (WTB.) Der Großwesir richtete an Mustafa Kemal ein Telegramm, daß die von der Regierung in Angora aufgestellten Forderungen übertrieben seien, den Rechten des Sultans und Kalifen zuwiderliefen und mit den Grundsätzen der Verfassung unvereinbar seien, so daß sie von der Hohen Pforte nicht angenommen werden könnten. **Mustafa Kemal antwortete mit einer glatten Ablehnung.**

Aus Angora wird berichtet, Mustafa Kemal Pascha habe seinen Truppen den Befehl erteilt, die Kampfhandlungen an sämtlichen Fronten während der Dauer der Londoner Konferenz einzustellen.

Polnische Truppenkonzentration.

Berlin, 11. Februar. (WTB.) Nach den Vorstellungen, die die Deutsche Regierung in London, Paris, Rom und Warschau wegen der starken polnischen Truppenansammlungen an der Ostgrenze des Reiches erhoben hatte, ist die Tatsache dieser Truppenansammlungen von polnischer und französischer Seite bestritten oder auf Demobilisationsmaßnahmen zurückgeführt worden. Von zuständiger Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß der Deutschen Regierung nunmehr eingehende, sorgfältig geprüfte Nachrichten über die Höhe der Truppenstärken im westlichen polnischen Grenzgebiet vorliegen. Danach befinden sich zurzeit, nachdem neuerdings noch weitere Abtransporte erfolgt sind, **von Truppen der ersten Linie an der deutsch-polnischen Grenze:**

An der Südgrenze Ostpreußens (im Raume Lomsha—Mlawa—Ostrolenko) die 4. Division in Stärke von 14 000 Mann, in Westpreußen (im Raume Graudenz—Thorn—Bromberg) die 16. Division und die sogenannte „sibirische" Brigade in Stärke von 20 000 Mann, in der ehemaligen Provinz Posen (im Raume Hohensalza—Posen—Lissa—Ostrowo) die 14., 15. und 17. Division sowie zwei Reservebrigaden in Stärke von 34 000 Mann, längs der oberschlesischen Grenze (im Raume Czenstochau—Bielitz—Neu-Sandez-Krakau) die 6., 21. und Podhalansti-Division in Stärke von rund 42 000 Mann. Dazu kommen in Reservestellungen die 11. Division im Raume von Lodz und die 22. und 1. Legionärdivision im Raume von Warschau, ebenfalls in Stärke von 42 000 Mann.

Diese Truppen stellen also allein schon eine Gesamtstärke von 172 000 Mann dar.

Dazu kommen noch die Truppen der zweiten Linie, die allein an der oberschlesischen Grenze (im Raume Czenstochau—Sosnowice) einschließlich der drei Grenzbrigaden und der irregulären Truppe der Polska Organizacya Rozstowa (P.O.R) eine Stärke von 25 000 Mann aufweisen.

Das Gesamtaufgebot der an der deutsch-polnischen Grenze versammelten Truppen beträgt über 212 000 Mann.

An der litauischen Front befinden sich zurzeit nur 70 000 und an der russischen Front nur 126 000 Mann.

Daraus folgt, daß mehr als die Hälfte der gesamten Formationen gegenwärtig nicht an der Nordost- und Ostgrenze Polens, sondern an der Grenze des mit Polen im Frieden befindlichen Deutschen Reiches steht.

Die Deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, wegen der vorstehend geschilderten Tatsachen erneut bei den eingangs erwähnten Regierungen vorstellig zu werden.

Das Valuta-Elend der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

„Die Schweiz wird noch in ihrer Valuta ersticken." So konnte man schon vor einem Jahre von führenden schweizerischen Politikern hören. Diese Prophezeiung scheint sich zu erfüllen. Die industrielle Krise hat sich in den letzten Wochen außerordentlich verschärft, und die Arbeitslosigkeit hat einen Grad erreicht, der heftige Beunruhigung verursacht.

Nach den amtlichen Feststellungen sind zurzeit über 106 000 ganz oder teilweise Arbeitslose vorhanden.

Man befürchtet daher bolschewistische Putschversuche. Unter dem Eindruck dieser Befürchtungen ist vielleicht auch ein Erlaß des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zustande gekommen, der von den Polizeibehörden die Abschiebung aller entbehrlichen ausländischen Arbeitskräfte fordert. Damit werden auch die deutschen Interessen stark berührt. Denn zahlreiche deutsche Arbeiter wurden bereits zur Rückwanderung nach Deutschland gezwungen und diese unfreiwillige Rückflutung wird sich anscheinend noch ganz erheblich verstärken.

Besonders hart betroffen werden davon namentlich die früheren deutschen Wehrmänner. Hunderte von ihnen warten heute noch vergebens auf die Genehmigung zur Wiedereinreise in die Schweiz. Es ist ihnen aber auch nicht möglich, ihre Familien nach Deutschland kommen zu lassen, weil sie dort keine Wohnungen finden können. Dazu kommen nun die zahlreichen deutschen Familien, die infolge der Arbeitslosigkeit ihrer Ernährer gezwungen werden, die Schweiz zu verlassen. Auf den Notstand, der dadurch hervorgerufen wird, müssen die zuständigen deutschen Stellen mit besonderem Ernst und Nachdruck hingewiesen werden. Aus den Kreisen der Rückwanderer kommen erbitterte Klagen über die Art, wie man sie in Deutschland vielfach aufnimmt.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in der Schweiz ist, wie schon angedeutet, auf den hohen Stand des Schweizer Frankens zurückzuführen. Der Industrie wird dadurch jede Ausfuhrmöglichkeit unterbunden. Ganz abgesehen davon, daß mit der Beendigung des Krieges ohnehin der Absatzmarkt verringert wurde. Besonders hart getroffen werden durch die Krise die Textilindustrie, die Uhrenindustrie, die Metall- und Maschinenindustrie, die Konfektions- und Lederindustrie.

Die Hoffnung, daß die Krise bald vorübergehen wird, ist recht gering; eher ist zu befürchten, daß die Schweiz wirtschaftlich ernsten Zeiten entgegengeht. Für deutsche Arbeiter aber wird der schweizerische Arbeitsmarkt — von wenigen Ausnahmen abgesehen — vorerst ganz verschlossen sein.

Die Reaktion freut

sich über jeden Zuwachs der Kommunisten

Die Orgesch wartet

auf eine Dummheit der Kommunisten

Die Unabhängigen

geben heute zu, daß ihre bisherige Politik falsch war

Arbeiter! Augen auf! Wählt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD

Polizeibeamte gegen Priesdorff-Intriganten

Der Vertretertag der Landesgruppe Groß-Berlin des „Verbandes der Beamten der Schutzpolizei Preußens" beschäftigte sich sehr eingehend mit der Angelegenheit Priesdorff. Zunächst wurde über einen Artikel verhandelt, der in der „Morgenpost" und anderen rechtsstehenden Blättern veröffentlicht worden ist, und in dem Vorstandsmitglieder des Landesverbandes Preußen behaupten, daß von 50 000 Polizeibeamten 45 000 hinter Priesdorff ständen. Der „Vorwärts" hat bereits die Erklärung der übrigen Vorstandsmitglieder veröffentlicht, über deren Köpfe hinweg dieser Artikel von vier Vorstandsmitglieder lanciert wurde.

In der Aussprache hierüber erklärten alle Redner, die als Vertreter Groß-Berlins im Namen ihrer Kameraden sprachen, **daß die Behauptung jener Notiz ganz unzutreffend ist und entschieden zurückgewiesen werden müsse.** Einstimmig wurde darauf folgende Entschließung angenommen:

> Der Vertretertag der Landesgruppe Groß-Berlin **mißbilligt auf das schärfste** die Stellungnahme einzelner Mitglieder des Vorstandes im Preußischen Landesverband, und zwar der Kameraden Appelhans, Sprenger, Lisson und Sulimma, wie sie in der Pressenotiz der „Morgenpost" vom 10. Februar 1921 (Morgenausgabe Nr. 34 „Abegas Rückzug") veröffentlicht worden ist. Die Landesgruppe Groß-Berlin erklärt, daß sie allen Presseartikeln in dieser Angelegenheit **vollständig fern steht und sich jeglicher Stellungnahme hierzu enthalten wird.**

Die Urheber der Entschließung wurden in der Diskussion aufgefordert **ihr Amt niederzulegen.** Sie verließen hierauf ohne Antwort den Saal.

Am zweiten Verhandlungstag wurde Stellung genommen zu einer inzwischen von diesen Vorstandsmitgliedern dem „Berliner Lokal-Anzeiger" übermittelten Erklärung, in der behauptet wird, daß in Groß-Berlin sich unter den Sicherheitspolizeibeamten ein „sozialdemokratischer Ring" gebildet habe, der bemüht sei, sozialdemokratisch gefärbte Parteipolitik in die Kreise der Polizeibeamten hineinzutragen. Die überwiegende Anzahl der Beamten habe sich für Priesdorff ausgesprochen, auch die Beamtenausschüsse. Die Stimmung unter den Berliner Beamten sei so, daß die Entschließung ihrer Vertreter auf der gestrigen Tagung keineswegs allgemeine Billigung erfahren werde. **Sämtliche Redner sprachen sich auch gegen die Behauptungen dieses Artikels aus.** Es sei vollständig ausgeschlossen, daß größere Teile der Landesgruppe Groß-Berlin und des Landesverbandes Preußen das Vorgehen einzelner Vorstandsmitglieder in dieser Angelegenheit decken.

In der Debatte wurde ferner darauf hingewiesen, daß durch derartige Machenschaften der Spaltungsprozeß in der Beamtenschaft gefördert würde und daß deshalb den erwähnten Vorstandsmitgliedern des Preußischen Landesverbandes **jegliche weitere Betätigung in der Organisation zu untersagen sei.** Die Forderung des Preußischen Landesverbandes, ihm ein Vertrauensvotum zu erteilen, lehnte der Vertretertag ab. — Bei den Vorstandswahlen der Landesgruppe Groß-Berlin wurde Oberwachtmeister Taplick zum Ersten und Leutnant Malwald zum Zweiten Vorsitzenden gewählt.

Gibt es eine Rote Armee?

Am Montag beginnt vor dem Sondergericht beim Gruppenkommando II in Kassel die Verhandlung gegen eine Anzahl Personen, die am 19. Januar im Ruhrgebiet unter der Beschuldigung verhaftet worden sind, sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 vergangen zu haben. Für den Prozeß sind mehrere Tage vorgesehen. Die Anklagebehörde will nach der Meldung einer Korrespondenz beweisen, daß es eine über ganz Deutschland verbreitete Rote Armee der K.A.P.D. gibt, für deren Mitglieder die allgemeine Dienstpflicht herrschen soll. Wird dieser Beweis erbracht, dann werden sich voraussichtlich an diesen Prozeß noch eine Reihe weiterer Prozesse gegen Angehörige dieser angeblichen Roten Armee anschließen. — Wir stehen den Angaben über die Rote Armee sehr skeptisch gegenüber, die sich schon ein dutzendmal als Spitzelphantasie erwiesen hat. Im übrigen wird man das Ergebnis des Prozesses abzuwarten haben.

Ein peinlicher Beweisantrag.

Essen, 11. Februar. (WTB.) In der heutigen Verhandlung des sogenannten Wasserturmprozesses (vgl. Nr. 34 d. „Vorwärts") wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Verteidiger Dr. Lehy stellte den Antrag, den General von Watter vom Wehrkreiskommando Münster und den Major Wulf von der grünen Sicherheitspolizei in Essen als Zeugen zu laden zum Beweise dafür, **daß beide auf seiten der Kapp-Regierung gestanden hätten,** also im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die verfassungsmäßige Regierung **mit Waffengewalt angegriffen** wurde und die Arbeiter nicht nur das Recht, **sondern auch die Pflicht gehabt hätten, die verfassungsmäßige Regierung sogar mit Waffengewalt zu schützen.** Ueber den Antrag wird morgen entschieden. (Der Antrag dürfte gewissen Leuten sehr peinlich sein. Red. d. „Vorwärts".)

Wirtschaft

Ein internationales Warentauschamt.

Im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst" macht Gen. Dr. Alfred Striemer beachtenswerte Vorschläge für eine soziale Neuorganisation des Außenhandels, die wir nachstehend im Auszug wiedergeben.

Im reichen Amerika verbrennt man Korn, weil es im Preise tiefer steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Speicher in Brand gesteckt, um die Preise aufzubessern. In Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Oesterreich, reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die notwendigsten Bekleidungsstücke herstellen zu können. Millionen Arbeitskräfte liegen brach, den Seeschiffen fehlt es an Frachten, in den Haushaltsplänen der Nationen klaffen riesige Defizite, Fehlbeträge, für die vergeblich Deckung gesucht wird. Wo liegt die Ursache der furchtbaren Störungen? Zwischen den Korn und Baumwolle erzeugenden Farmern Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Güter angewiesenen Arbeitern Europas fehlt diejenige Verbindung, die den Ausgleich in der Bedürfnisbefriedigung herzustellen vermag. Der Welthandel, der sich diese Aufgabe ja gestellt hat, versagt, er verfügt zwar über gefüllte Lagerhäuser, läßt aber doch die Arbeitswilligen hungern und frieren. Dem Arbeitslosen aber verwehrt das Gesetz, sich anzueignen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die „Ordnung" zu erhalten.

Weil der Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterklassen der Völker bittere Not leiden müssen, kann diese nur überwunden werden, wenn das Eigeninteresse des Handels dem volkswirtschaftlichen Interesse Platz machen muß.

Redet nicht von Geld und Valuta! Nehmt Waren in die Hände und tauscht sie gegen das, was wir so bitter dringlich brauchen. An der Arbeiterschaft selbst liegt es, ihre Macht einzusetzen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zur Hilfe zu nehmen.

Ein internationales Arbeitsamt ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warentauschamt ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe müßte es sein, Ueberfluß und Mangel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen festzustellen und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Welthandels.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Tauschabmachungen, Zucker gegen Kohle, auch die Vereinbarungen mit Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Tauschhandels praktisch beschritten werden kann. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volk Milchkühe und Lebensmittel zum Geschenk machen, zeigt deutlich genug, daß sie die Widersinnigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage voll begreifen. Nehmt deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und kauft den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will? Von Kali gar nicht zu reden. Heute verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Kalisyndikat sein Kali gegen Devisen.

In der Weltwirtschaft fehlt die Arbeitsteilung, kapitalistische und nationalistische Interessen führen zu Absperrungen der Wirtschaftsvölker gegeneinander, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit finden. Ueberproduktionen sind bei dem Niedenbedarf der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Würde eine volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Denkweise die Gesellschaftswirtschaft der Erde leiten, ein bewußtes Zusammenarbeiten an Stelle des Gegeneinanderarbeitens bestehen, dann würden wir bald erkennen, daß noch viel zu wenig Hände da sind, um eine Weltkultur zu schaffen.

Deshalb müssen wir uns für die Forderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warentauschamtes erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Gütererzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

Freigabe der Vieh- und Fleischeinfuhr. Durch eine Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Wirkung vom 15. Februar 1921 ab die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh, Lämmern, Schafen, Ziegen, Schweinen, frischem Fleisch, Schweineschinken, Schaffleisch, Schweinespeck, frisch oder einfach zubereitet, Schweinegekrösen, Talg von Rindern und Schafen freigegeben. Von diesem Zeitpunkt ab bedarf es also einer Einfuhrbewilligung für diese Waren nicht mehr. Jedoch sind die bestehenden sanitäts- oder seuchenpolizeilichen Vorschriften auch in Zukunft zu beachten.

Der Kampf um die Salzausfuhr. Wie wir kürzlich berichteten, sind Bestrebungen im Gange, die bisherige zentrale Organisation der Salzausfuhr zu durchbrechen. Ein Teil der Kaliwerke hat eine eigene Ausfuhrorganisation für Salz gegründet. Gegenüber diesen Bestrebungen hat die Reichsregierung kürzlich erneut Stellung genommen und betont, daß die gegenwärtigen unübersichtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Finanznot des Reiches auch weiterhin für absehbare Zeit eine zentralisierte Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Salzausfuhr erfordere. Besonders ist dies wegen der zwischen Deutschland und anderen Ländern zu schließenden Kompensationsverträge notwendig, deren Durchführung nach einer kürzlich im Hauptausschuß des Reichstages vom Minister des Aeußern, Dr. Simons abgegebenen Erklärung durch die in straff organisierte Exportverbände zusammengeschlossenen Interessenten am sichersten gewährleistet wird. — Die Reichsregierung wird daher unter allen Umständen an der Ausfuhrkontrolle und der zentralen Regelung der Ausfuhrpreise für Salz durch eine einheitliche Stelle, durch die diese Regelung nur wirksam durchgeführt werden kann, festhalten.

Die Papierlieferungen vor dem Reichswirtschaftsrat. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat beschäftigte man sich eingehend mit den Verschiebungen von Druckpapier. Der Vorsitzende wies kurz auf die Vorgeschichte hin. Das Druckpapierabkommen zwischen dem Verband deutscher Druckpapierfabriken und Exporteuren hatte den Zweck, durch eine kontingentierte Ausfuhr Valutagewinne zur Niedrighaltung der Druckpapierpreise für den Inlandsbedarf, besonders der Presse, hereinzuholen. Es ist dadurch in Frage gestellt, daß im Auslande deutsches Druckpapier 2 bis 2,50 M. niedriger als zu dem von der Regierung festgesetzten Preis angeboten wurde, das auf unrechtliche Art, vor allem als Kofferpapier, über die Grenze gebracht worden ist. Es sollen 200 bis 300 Waggons verschoben worden sein. Der Reichsbevollmächtigte der Außenhandelsstelle für das Papierfach, Rechtsanwalt Lammers, erklärte dazu, daß der Umfang der Schiebungen sich noch nicht übersehen lasse, daß aber Beamte der Außenhandelsstelle nicht Mitäter seien. Der Redner, soweit er diese Stellen überhaupt treffe, wegen im System, das unübersichtlich sei. Die Arbeitnehmer legten dar, daß ein Wegfallen der Außenhandelskontrolle ein Angleichen an Weltmarktwerte auf allen Gebieten, auch bei den Löhnen, zur Folge haben müsse, wovon die Auswirkungen nicht abzusehen seien. Sie traten für die Kontrolle ein, bedauerten die eingerissene Korruption und sprachen die Vermutung aus, daß das Versagen der Kontrolle vielleicht an der Stellenbesetzung der Aemter mit solchen Leuten liege, die das Nichtfunktionieren der Kontrolle gern beweisen wollten.

Fusion und Dividendengarantie. Die Aktienbrauerei Friedrichshain ging im letzten Jahre auf die Löwenbrauerei A.-G. in Berlin-Hohenschönhausen über und führte von dem Tage des Zusammenschlusses an den Namen Aktiengesellschaft für Brauereiunternehmungen. Hatte die Dividende der Brauerei Friedrichshain in den letzten Jahren zwischen 0 und 6 Proz. geschwankt, so werden in diesem Jahre 7½ Proz. vorgeschlagen. Das ist der Dividendensatz, der in dem Fusionsvertrag von der Löwenbrauerei garantiert worden war.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik in der Herrenkonfektion.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der Streikenden die am Freitag mittag im Saale der Brauerei Königstadt tagte, berichtete die Streikleitung, daß der Streik in Berlin restlos durchgeführt wird. Alle Betriebe sind stillgelegt. Rund 2000 Arbeitnehmer befinden sich im Streik. Die auf Verlangen des Arbeitgeberverbandes ausgesprochenen Entlassungen werden von den Arbeitnehmern mit kaltem Lächeln aufgenommen, denn man weiß, daß es sich nicht um eine ernst zu nehmende Maßnahme handelt. Hat doch eine große Firma in den den Arbeitern übersandten Entlassungsschreiben ausdrücklich gesagt, die Entlassung erfolge, um der Form zu genügen. Nicht nur in Berlin, sondern auch in allen anderen für die Branche bedeutenden Orten wird der Streik auf der ganzen Linie durchgeführt. Der Kampf ist im ganzen Reiche entbrannt und nimmt einen günstigen Verlauf. Ueberall herrscht Einmütigkeit und Entschlossenheit, so daß der Sieg der Streikenden mit Sicherheit zu erwarten ist.

Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Streikenden von der besten Stimmung beseelt und gewillt sind, den Kampf nach den von den Organisationen beschlossenen Gesichtspunkten zu führen. Der Versuch eines kommunistischen Redners — der keiner Gewerkschaft angehört — durch unsachliche Kritik der Gewerkschaftsleitung und der Streiktaktik die Einheitsfront der Streikenden zu stören, wurde von der Versammlung einmütig und entschieden zurückgewiesen.

Streik in den Geldschrankfabriken und Schlossereien.

Die Angestellten der Geldschrankfabriken und Schlossereien, die seit dem Juni vorigen Jahres keinerlei Gehaltsaufbesserungen mehr erhalten hatten, stellten Anfang Dezember nach vorhergegangener Kündigung des Tarifvertrages Gehaltsforderungen auf, die sich trotz der seit dem letzten Tarifabschluß eingetretenen starken Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse in bescheidenen Grenzen hielten. Die Arbeitgeber, die besonders in den Geldschrankfabriken nach Angabe ihrer eigenen Vertreter seit geraumer Zeit sich einer Hochkonjunktur zu erfreuen haben und glänzende Geschäfte machen, boten den Angestellten einige Bettelpfennige, indem sie sich lediglich zu einer 10prozentigen Erhöhung der völlig unzureichenden bisherigen Gehälter bereit erklärten. Auch muteten sie den Angestellten zu, angesichts der Tausende von arbeitslosen Kollegen sich mit einer Arbeitszeitverlängerung einverstanden zu erklären. Hiermit nicht genug, forderten sie auch noch, daß die Lehrlinge, die bisher im Tarifvertrag mit erfaßt wurden, ihnen zur uneingeschränkten Ausbeutung überlassen würden.

Der von den Angestellten angerufene Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedsspruch, der eine 20prozentige Gehaltserhöhung vorsah. Aber auch diese so bescheidene Erhöhung war den sicherlich nicht notleidenden Arbeitgebern schon zu hoch, und so lehnten sie den Schiedsspruch ab. Die Angestellten sahen sich nunmehr nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel zur Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel veranlaßt, boten aber den Arbeitgebern in letzter Stunde nochmals die Möglichkeit, durch ihre Verhandlungsbereitschaft den Streik zu vermeiden. Allerdings mußten die Angestellten auf Grund der mit den Arbeitgebern bisher gemachten Erfahrungen für diese Verhandlung eine feste Verhandlungsgrundlage fordern. Diese wurde jedoch von dem Arbeitgeberverbande abgelehnt, und so traten nunmehr die Angestellten, deren Geduld erschöpft war, am Freitag mittag in den Streik.

Soweit die Angestellten von Kleinbetrieben nicht mehr rechtzeitig direkt benachrichtigt werden konnten, werden sie hiermit aufgefordert, sich diesem von den unterzeichneten Organisationen geführten Streik unverzüglich anzuschließen.

Die Zentral-Streikleitung tagt im Restaurant „Schwedenzelt", Berlin N. 20, Schwedenstr. 1 (Telephon Moabit 1486). Auskünfte sind dort einzuholen. Die erste Versammlung der Streikenden findet am Sonnabend, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saale der Löwen-Brauerei, Badstraße, Ecke Hochstraße, statt. Erscheinen ist für alle Streikenden unbedingte Pflicht.

Ortskartell des Afa-Bundes. Deutscher Werkmeisterverband. Bund der Technischen Angestellten und Beamten. Zentralverband der Angestellten

Kommunistische Niederlage.

In einer Versammlung der Betriebsräte der Holzindustrie wurden die Wahlen zum Zentralrat, zum Gruppenrat und zur Betriebsräte-Generalversammlung vorgenommen. Gegen einen Vorschlag des Versammlungsleiters, die Mandate nach dem Verhältniswahlverfahren auf die Parteien zu verteilen, protestierte der Redner der Kommunisten. Dafür gingen sie bei der Wahl ganz leer aus. Bei allen drei Wahlen fielen die Mandate den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zu. Dieses Resultat war nur möglich, weil unsere Genossen in großer Zahl in der Versammlung erschienen waren, während sie bisher die Kommunisten allein die Versammlungen beherrschen ließen.

Abwehr der Zersplitterung.

Halle a. d. S., 11. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In Halle tagte gestern abend eine vom Ausschuß des A.D.G.B. einberufene Sitzung, an der sämtliche Hallesche Gewerkschaftsvorstände teilnahmen, sowie die Bezirksleitungen der einzelnen Verbände, soweit sie in Halle ansässig sind. Von jedem Verbande waren drei Vertreter entsandt. Die Veranlassung zu dieser Konferenz war ein Beschluß des kommunistischen Halleschen Gewerkschaftskartells, mit der Wirtschaftlichen Räteorganisation eine organisatorische Verbindung einzugehen. Da dieser Beschluß gegen die Grundsätze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verstößt und weiter das Treiben der Kommunisten in den Verbänden lediglich eine zersetzende Wirkung haben kann, wandten sich bereits sozialdemokratische und unabhängige Gewerkschaftsmitglieder dagegen, indem sie ein provisorisches Ortskartell bildeten und aufforderten, Beiträge an das kommunistische Gewerkschaftskartell nicht mehr abzuführen. In der gestrigen Sitzung kamen die schwerwiegenden Folgen kommunistischer Zerstörungstaktik in den Gewerkschaften genügend zur Sprache. Der Vertreter des Transportarbeiterverbandes, Schlimme, führte dabei an, daß viele Gewerkschaften in ihrem Kampf um Verbesserung der Lebensbedingungen für ihre Mitglieder oft deshalb keine Erfolge hatten, weil die stärkste Gewerkschaft in Halle, der Metallarbeiterverband, im vergangenen Jahre durch den Widerstand der Kommunistischen Partei in seinem Lohnkampf lahmgelegt wurde und die Metallarbeiter deshalb jetzt so geringe Löhne erhalten. Das eisige Schweigen der anwesenden Kommunisten bewies zur Genüge, wie zutreffend diese Beweisführung war. Die Mitteilung des Bezirksleiters des Metallarbeiterverbandes, Rößler, daß drei in die Ortsverwaltung dieses Verbandes von den Kommunisten neugewählte Mitglieder deshalb nicht bestätigt werden konnten, weil sie sich finanzieller Verfehlungen schuldig gemacht haben, ließ erkennen, welcher Elemente sich die Kommunisten in ihrem Kampf gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze bedienen. Bis vollständige Neuwahlen zu den Ortskartellen vorgenommen werden, sollen die Funktionen eines Ortsausschusses des A.D.G.B. für Halle einem provisorischen Kartell übertragen werden. Gelder sind nur an den Beauftragten dieses Kartells abzuliefern.

Unser Parteiorgan in Halle, die „Volksstimme", schreibt über diese Sitzung folgendes: „An den Kommunisten wird es jetzt liegen, ob die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Bewegung gewahrt bleibt, oder ob die Zersplitterung zur vollständigen Ohnmacht auch der Gewerkschaftsführung führen wird. Die Kommunisten haben die Entscheidung in der Hand. Mögen sie zeigen, daß sie das Wort von der Einheitsfront nicht nur im Munde führen. Hier können sie zeigen, was wahres daran ist."

Tarifverhandlungen in der Schuhindustrie.

Am 21. Januar fanden in Frankfurt a. M. zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in der Schuhindustrie zentrale Verhandlungen über Lohnforderungen statt, die sich äußerst schwierig gestalteten. Obwohl die Vertreter der Fabrikantenverbände schon einige Tage vorher zusammengekommen waren und über die Forderungen der Arbeiter verhandelten, konnten sie sich auf ein gemeinsames Angebot nicht einigen. Besonders waren es die beiden pfälzischen Fabrikantenvereine, sowie der Deutsche Hausschuhfabrikantenverband, die den Forderungen der Arbeiter äußerst scharfen Widerstand entgegensetzten. Der letztere Verband wollte lediglich den verheirateten Arbeitern, und auch nur denen mit erwerbslosen Kindern unter 14 Jahren, eine Zulage gewähren, die noch dazu in recht umständlicher Weise verteilt werden sollte. Es waren aber auch einzelne Fabrikanten darunter, die gar nichts bewilligen wollten. Nach langen schwierigen Verhandlungen kam dann mit dem Verbande der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten folgender Nachtrag zum Zusatzvertrag für die Schuhindustrie zustande:

Es wird an alle Arbeitnehmer auf die jeweiligen Wochenverdienste ein Lohnzuschlag gewährt von 10 v. H. für die Altersklassen über 18 Jahre und 5 v. H. für die Altersklassen unter 18 Jahren. Dieser Lohnzuschlag wird mit dem bereits am 18. Oktober 1920 gewährten Lohnzuschlag von 10 v. H. vereinigt, so daß also zukünftig folgende Lohnzuschläge bezahlt werden:

An alle männlichen und weiblichen Arbeiter in den Altersklassen über 18 Jahre statt seither 10 v. H. jetzt 20 v. H., und unter 18 Jahren statt seither 10 v. H. jetzt 15 v. H.

Dieser Lohnzuschlag ist erstmals am ersten Zahltag im Monat Februar zu bezahlen.

Die beiden pfälzischen Arbeitgebervereine sowie der Deutsche Hausschuhfabrikantenverband ließen durch ihre Vertreter erklären, daß die Zustimmung zu dieser Vereinbarung erst ihre Verbände oder deren Generalversammlungen geben könnten. Der Deutsche Hausschuhfabrikantenverband ist nun auf seinem Verbandstage in Leipzig am 1. Februar ebenfalls dieser Vereinbarung beigetreten. Nachdem die größten Arbeitgeberverbände der Vereinbarung ihre Zustimmung gegeben, ist anzunehmen, daß auch die beiden pfälzischen Vereine der Vereinbarung beitreten und damit dürfte der Arbeitsfrieden in der Schuhindustrie zurzeit bewahrt werden können.

Eisenbahner Berlins!

Beauftragt Eure Delegierten zur Generalversammlung am Sonntag, den 13. Februar, für die Liste der Ortsverwaltung Willi Schulz zu stimmen.

Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter.

Die in der Mineralwasserindustrie und in den Bierverlagsbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher nahmen am 10. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu den Lohnvorschlägen, die der Verband der Unternehmer den Beteiligten gemacht hat. Liebenow vom Deutschen Transportarbeiter-Verband berichtete, daß die Kommission der Arbeitgeber wohl Zugeständnisse gemacht habe, die jedoch mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse den jetzigen überaus niedrigen Lohnsätzen nicht genügend Rechnung tragen. Die Löhne selbst datieren noch vom 1. Mai 1920 und bedürfen einer sehr erheblichen Aufbesserung. 30 bis 40 M. pro Woche sind zwar ein Zugeständnis, bleiben aber gegen andere, ähnlich gelagerte Industrien erheblich zurück. In der Diskussion wurde betont, daß eine sofortige Arbeitsniederlegung die richtige Antwort wäre.

Die Arbeitgeber haben den Vorschlag gemacht, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Entscheidung anzurufen und sind bereit, sich dem Urteil vom 1. Februar 1921 ab zu unterwerfen. Ein Antrag, den Schiedsspruch abzuwarten, wurde gegen eine Stimme angenommen. Zu einer neuen Versammlung werden die Mineralwasserarbeiter von der Organisation gerufen werden; Arbeitseinstellungen sind daher zunächst zu vermeiden.

Die Steinholzleger und Helfer von Groß-Berlin stehen seit dem 10. Februar 1921 im Streik. Wir ersuchen alle baugewerblichen Arbeiter uns in diesem Kampf zu unterstützen und darauf zu achten, daß keine Streikarbeit ausgeführt wird. — Die Streikleitung.

Die Lohnbewegung der Artisten. Bei den Verhandlungen der Artisten mit den Arbeitgebern ist es zu einer Einigung gekommen. Es ist eine Monatsgage von mindestens 900 M. vereinbart worden.

Angestellte der Brotversorgung, Hauptkartenamt und Zuckerversorgung. Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten. Der kommunistisch gerichtete Betriebsrat will die Abstimmung über den Schiedsspruch verhindern. Erscheint deshalb heute, am 12. Februar, um 3½ Uhr im Goldenen Löwen, Jüdenstraße 55, zur Abstimmung. Mitgliedsbuch legitimiert. Wer nicht erscheint, geht seines Abstimmungsrechtes verloren.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen, Berlin. Dienstag, 6 Uhr, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 10/11, Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes und Verbandsangelegenheiten. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte.

Zentralverband der Fleischer. Generalversammlung sämtlicher Sektionen und Bezirke Mittwoch, 7 Uhr, im „Böhmischen Brauhaus", Landsberger Allee 12. Ohne Mitgliedsbuch resp. -karte kein Zutritt.

Gewerkschaftskartell Neukölln. Montag, 7½ Uhr, bei Hinke Sitzung des Gewerkschaftskartells. Der Kartellausschuß.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9½ Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

im großen Saale der Berliner Bockbrauerei, Fidicinstraße 2/3.

Tagesordnung:

Bericht von der Tarifausschußsitzung.

Zu dieser Versammlung sind eingeladen die **Delegierten, Vertrauensleute und Druckereikassierer.** B. 17*

Ohne Legitimationskarte kein Zutritt. **Der Gauvorstand.**

In Dosen aller Größen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg
Man verlange ausdrücklich **Terpentinölware**

A. Wertheim
Leipziger Strasse
Rosenthaler Strasse
König-Strasse
Moritz-Platz

Ullstein Schnittmuster

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen Prima Gummi 28×1½, von **48.–** M. bis 125.– M.
Garantiereifen . . . . . von **70.–** M. an
Gebirgsreifen, prima . . . . . **80.–** M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, Ia Gummi . . **16.50** M. bis 20.– M.
Karbid — Oel
Autoreifen- und Fahrrad-Haus **„Nord-Ost"** Berlin, Elsasser Str. 89 am Rosenthaler Tor

Oeffentliche Mahnung
zur Zahlung fälliger Steuern und Abgaben

Alle Steuerpflichtigen werden hierdurch aufgefordert, die für das IV. Vierteljahr (Januar/März 1921) des Rechnungsjahres 1920 fällig werdenden **Steuern und Abgaben** (Reichseinkommensteuer — vorläufige Veranlagungen —, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Kanalisations- und Müllabfuhrgebühren) spätestens bis zum

15. Februar 1921

an die zuständige Steuerzahlstelle bzw. die Hundesteuer an das Einziehungsamt abzuführen. Besondere Mahnzettel werden nicht behändigt.

Bei Uebersendung des fälligen Betrages auf **bargeldlosem Wege oder durch die Post** muß die Ueberweisung so rechtzeitig erfolgen, daß der **Betrag spätestens am 15. Februar d. J. bei der zuständigen Steuerzahlstelle** oder dem **Einziehungsamt** eingegangen ist. Durch ein etwa schwebendes Rechtsmittel wird die Zahlung nicht aufgehoben.

Am 23. Februar d. J. beginnt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Charlottenburg, den 8. Februar 1921.

Der Magistrat

Hochelegante, aparte
Schlafzimmer
weiß- und elfenbeinlackiert,
Schrank, 18½ cm, oval, facett. Spiegel, **große Frisiertoilette,** mit drei Spiegeln, **große Betten, Umbau, Apotheken, Matratzen** usw.
ermäßigt auf M. 5950.–
Kleinere Schlafzimmer, saubere Ausführung, weiß lack., komplett von **M. 2875.–** an.
Eigene Lackiererei.
Görlitz, Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 36.
Bill. Quelle auch für Wiederverkäufe.

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072 Ecke Voltairestraße Moritzplatz 12073